



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1914

36 (22.1.1914) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-163302](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-163302)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg. durch die Post inkl. Postaufschlag Mk. 3.42 pro Quartal Einzel-Nr. 5 Pfg.

Inserate: Kolonial-Zeile 30 Pfg. Reklame-Zeile 1.20 Mk.

General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“

Telephon-Nummern: Direktion und Buchhaltung 1449 Buchdruck-Abteilung..... 341 Redaktion..... 377 Exped. u. Verlagsbuchhdlg. 318

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin
Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mittagblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 5 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Technische Rundschau; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 36.

Mannheim, Donnerstag, 22. Januar 1914.

(Abendblatt.)

Die heutige Abendausgabe umfaßt 10 Seiten.

Enver als Diplomat.

Der jugendliche türkische Kriegsminister hat in der Unterredung mit einem österreichischen Korrespondenten bestritten, daß die türkische Regierung mit den mohammedanischen Quertreibereien in Albanien irgend etwas zu tun habe. Was sollte die Türkei in Albanien wollen? Es liegt so weit und wenn auch die Türkei die Absicht habe, von dem verlorenen Gebiete möglichst viel wieder zurückzugewinnen, so habe sie zur Zeit viel näher liegende Sorgen. Wenn ein Berliner Blatt diese Äußerungen so auffaßt, als ob sie ganz unmissverständlich bedeuten, daß die Türkei gewillt sei, den Griechen und Serben die eroberten Gebiete wieder abzugeben und daß die Mächte sich deshalb mit Enver über seine Äußerungen auseinandersetzen müßten, so ist das nicht ganz richtig. An und für sich ist es ganz natürlich, wenn ein in einem Kriege Besiegter und dadurch eines Teiles seines Gebietes beraubter Staat wünscht und hofft, die Scharte wieder auszuweichen und das verlorene Land wieder zurückzugewinnen. Die Frage ist nur, wann er das tun will. In dieser Beziehung aber hat sich Enver sehr diplomatisch ausgedrückt. Indem er den Gedanken an Absichten auf Albanien zurückwies, sprach er von näher liegenden Sorgen. Dieses Wort kann zeitlich und örtlich aufgefaßt werden. Will es Enver zeitlich bedeuten, so können die näher liegenden Sorgen die Reorganisation der Armee oder die Verbesserung der Finanzen oder die geplanten Verstärkungen der Festungen, kurz die tausend Reformen bedeuten, deren die Türkei dringend bedarf, um ein gesunder und kräftiger Staat zu werden und dann an die Reibende denken zu können. In diesem Sinne aufgefaßt also, würde die Äußerung Envers eine Verkündung der kriegerischen Klüste bedeuten. Die „näher liegenden“ Sorgen können aber auch im örtlichen Sinne aufgefaßt werden, wenn man sie mit den Worten „Albanien liegt so weit“ zusammenbringt. Dann würde es bedeuten, daß die Türkei sich jetzt die näher liegenden Gebiete wieder holen wolle, vor allem also die Inseln Mytilene und Chios, von denen gegenwärtig soviel die Rede ist. Die Vermutung, daß die Worte Envers diese Bedeutung haben sollen und daß damit natürlich

in ihnen eine versteckte Kriegsdrohung liegt, wird durch die Nachricht unterstützt, daß die Türkei in der Umgebung von Smyrna größere militärische Vorbereitungen treffe, die auf die Absicht zu einem Handstreich hindeuten. Smyrna wäre der geeignete Ort, von dem aus ein solcher Handstreich nach Chios, das in gerader Linie westlich von Smyrna und Mytilene, das etwas nordwestlich liegt, ausgeführt werden könnte. Da die Griechen aber wohl seit der Besetzung der Inseln für eine starke Besatzung und Befestigung gesorgt haben dürften und da auch ihre Flotte auspassen wird, so könnte ein solcher Handstreich mit der Aussicht auf Erfolg nur unternommen werden, wenn die Türkei nicht nur über eine größere Zahl von Transportschiffen für eine stützende Kruppenmacht, sondern auch über eine der griechischen Flotte überlegene Seestreitmacht verfügte. Man hat sie vor einigen Wochen ein für Brasilien bestimmtes und angeblich vor etwa acht Tagen auch noch ein für Argentinien im Bau befindliches großes Linienschiff gekauft, aber dieses zweite kommt gegenwärtig überhaupt noch nicht in Frage und ob die Türkei für die Bemannung geeignete Mannschaften hat, scheint auch recht zweifelhaft. Es heißt zwar, daß englische Seesoldaten für die Führung des „Sultan Osman“, wie der „Rio de Janeiro“ imgekauft worden ist, gewonnen worden sind, aber die Offiziere können doch nicht die Geschütze bedienen und die Matrosen spielen. Ohne eine gut eingelebte und mit dem Schiffe wohl vertraute Mannschaft aber könnte es den Türken ebenso gehen wie am Beginn des Balkankrieges mit ihren knappen Kanonen, die an sich zwar vorzüglich waren, aber nichts leisteten, weil die Besatzungsmannschaften mit ihnen nicht umzugehen verstanden. Man muß auch daran denken, daß die Türken, so großen Ruhm sie sich auch in zahlreichen Schlachten auf festem Lande erworben haben, niemals große Seehelden gewesen sind.

Ein Handstreich gegen Chios und Mytilene könnte also für die Türkei recht unglücklich verlaufen und abgesehen von den sonstigen Folgen — er würde ja doch die Aufrollung eines neuen türkisch-griechischen Krieges bedeuten — würde das Wohlglücken des Mannes Enver auf seinem Posten unmöglich machen, ihm vielleicht sogar das Leben kosten. Er hat sich durch sein allzu rasches Vorgehen als Kriegsminister hundert von Feinden gemacht, die nur aus einem solchen Mißerfolg des abenteuerlichen Mannes lachend, um ihm moralisch oder körperlich den Baraus zu machen. Es wäre also im Interesse Envers u. zugleich der Türkei zu wünschen, wenn seinen diplomatischen Äußerungen gegenüber dem

österreichischen Korrespondenten die Auslegung zu geben wäre, daß die Türkei erst einmal Wunden heilen will, ehe sie neue schlägt oder empfangt.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 22. Januar.

Die Neuwahl in Borna.

Die Reichspartei steht unter einem unglücklichen Stern. Schon bei den Wahlen verloren sie die Hälfte ihrer Mandate. Jetzt müssen sie fast jedes einzelne in einer Neuwahl wieder erkämpfen. Herr von Dergin ist bereits gefallen, Herr von Halem, der in Schney die Polen verdrängte, legte schon einmal sein Mandat nieder, das darauf am Mittwoch zum zweiten Mal aufgesetzt wurde und Herr von Liebert, der in Borna nur mit wenig Stimmen über die Sozialdemokraten gesiegt hatte, hat jetzt auch sein Mandat niedergelegt. Einstimmig hat die Kommission beschlossen, die Wahl für ungültig zu erklären. Und da nach den Berichten ohne weiteres feststeht, daß das Plenum diesem Beschluß beitreten würde, hat Herr von Liebert das Prävenire gespielt, indem er freiwillig zurücktrat, um sich dadurch für die Neuwahl eine günstigere Stellung zu sichern.

Wichtiger wird es ihm nicht werden, seinen Sieg zu behaupten. Er erhielt im ersten Wahlgang 7331 Stimmen, nur 114 mehr als der national-liberale Reichsde, den er damit aus der Stichwahl mit dem Sozialdemokraten Rüssel verdrängte, der es auf 11566 Stimmen brachte. In der Stichwahl siegte Liebert mit 13 081 gegen 13 058 Stimmen, die auf den Sozialdemokraten entfielen. Da die Kräfteverteilung zwischen Nationalliberalen und Freikonservativen ziemlich gleich ist, wird es sich zunächst darum handeln, wer von den beiden in die Stichwahl kommt. Es wird sicher ein heißer Kampf entbrennen. Schon seit einiger Zeit sind die Parteien, die sich dort zu messen haben, Nationalliberale und Reichsparteiler, auf dem Plan. Die Nationalliberalen, die wiederum den Kaufmann Rüssel als Reichschef aufgestellt haben, hoffen diesmal bestimmt, Herrn v. Liebert zu überholen.

In den „Leipz. N. Nachr.“ wird heute die folgende Mahnung an die bürgerlichen Parteien gerichtet: Eine Reihe von Erklärungen aus dem Wahlkreise weisen darauf hin, daß jetzt bereits die Stimmung sich etwas verschärft hat. Bevor daher der eigentliche Wahlkampf einsetzt, möge die Warnung am Platze sein, daß die bürgerlichen Parteien stets im Auge be-

halten: Ein Verlust des Wahlkreises an die Sozialdemokratie ist nur zu verhindern, wenn man von Anfang an den Kampf so führt, daß ein gemeinsames Marschieren und eine reißlose gegenseitige Unterstützung in der Stichwahl möglich und selbstverständlich bleibt.

Die Tarifverträge in Deutschland.

Das Kaiserliche Statistische Amt veröffentlicht eine vollständige Bestandsstatistik der Arbeitsverträge in Deutschland (Sonderheft zum Reichs-Arbeitsblatt: „Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1912.“ Bearbeitet im Kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, Berlin 1913, Carl Heymanns Verlag, Ladenpreis 8,80 Mark.) In dem Werke wird ein vollständiges Bild der tariflich geregelten Arbeitsbedingungen in Deutschland gegeben. Die wachsende Bedeutung der Tarifverträge für unser wirtschaftliches Leben wird aus der Feststellung ersichtlich, daß sich in den letzten sechs Jahren die Zahl der Tarifverträge und der von ihnen erfaßten Personen mehr als verdoppelt hat, mit dem Ergebnisse, daß Ende 1912 10 739 Tarifgemeinschaften in 151 930 Betrieben für 1 774 285 beschäftigte Personen galten. Die Tarifgemeinschaften sind in Betriebe jeder Größe eingeteilt, in kleine und handwerksmäßige, in mittlere und große. In den einzelnen Gewerbegruppen aber ist die Verbreitung der Tarifverträge sehr verschieden; während das polygraphische Gewerbe (Buchdruck usw.) sehr stark von Tarifverträgen erfaßt ist, so daß etwa zwei Drittel aller Arbeiter dort von Tarifverträgen erfaßt werden, und auch im Bekleidungs- und Baugewerbe die Arbeitsverhältnisse zum großen Teil durch Tarifverträge geregelt werden, sind letztere in der Textilindustrie und in der chemischen Industrie nur wenig verbreitet. Der Verfall in Deutschland hat überhaupt keine Tarifverträge, während in Großbritannien — wie aus einer internationalen Vergleichstabelle der Statistik hervorgeht — gerade im Bergbau die Tarifverträge außerordentlich stark verbreitet sind.

Bei dem Abschluß der Tarifverträge in Deutschland sind die Arbeitnehmerverbände auf Seiten der Arbeitnehmer fast ausnahmslos beteiligt. Mehr als die Hälfte aller tariflich gebundenen Personen sind in ihnen organisiert. Auf der Arbeitgeberseite dagegen schließen in der Mehrzahl der Fälle nicht die Arbeitgeberverbände, sondern einzelne Firmen die Verträge ab und nicht von New York hat Berlin die Gefahr, in dieser Hinsicht überflügelt zu werden, zu befürchten, sondern von London, dem braven, ruhigen London, das bisher im Ruf stand, die Stadt zu sein, deren Bewohner sich früher schlafen legen als irgendwo sonst. Wenn das Londoner Nachtleben sich fortbewegt in dem Tempo, das es anzunehmen begonnen hat, wird es das Berliner Nachtleben bald in den Schatten gestellt haben. In den letzten Jahren benutzte Londons goldene Jugend gern ein paar Feiertage, die sich ihr darbieten, um einen kurzen Ausflug nach den Ufern der Spree vorzunehmen und rasch in den Armen des Berliner Nachtlebens unterzukommen. Jetzt braucht sie, um solcher Genüsse teilhaftig zu werden, nicht mehr die Fahrt über den Kanal anzutreten. Sie ist nicht länger auf die Friedrichstraße, die Behrenstraße, die Jägerstraße oder den Kurfürstendamm angewiesen. Sie kann sich in ein „Taxi-Auto“ setzen und sich nach Deal Street, Wardour Street, Garrick Street, Baker Street oder nach einem halben Dutzend anderer Straßen in nächster Nähe des Londoner Westens fahren lassen, um ein Nachtleben zu finden, das es mit dem Berlins in jeglicher Beziehung aufnehmen kann.

Man muß London zur Zeit der Regierung der Königin Viktoria u. des Königs Eduard VII. gekannt haben, um einen Begriff zu erhalten von der völligen Umwälzung, die sich auf diesem Gebiete unter der Regierung des Königs Georg V. vollzogen hat. Ein ganz neues, anderes London ist entstanden. Es ist kein eigent-

Feuilleton

Das deutsche Freimaurertum der Gegenwart.

Von Dr. Victor Eckert.

Es ist unzweifelhaft, die deutschen Freimaurer haben sich entschieden in Märsch gesetzt. — In drei Jahren sind zwei Jahrhunderte verfloßen, seitdem die erste Bauhütte in London gegründet wurde, und bald breitete sich, wie überall, so auch in Deutschland, begünstigt durch den Kosmopolitismus des 18. Jahrhunderts, die Freimaurerlogge schnell und weithin aus. Die Edelsten der Nation, Fürsten, Gelehrte und Künstler, schlossen sich dem Bunde an und fanden in der „vaterlandlosen“ Zeit eine engere Heimat. Die Namen der Hohenzollernfürsten, eines Kurfürsten der Nation, Fürsten, Gelehrte und Künstler, um die Bedeutung der Logge, an der diese Mitglieder arbeiteten, kund zu tun. Die Tätigkeit der Logge war Innenarbeit, d. h. man verhielt sich gegen die Öffentlichkeit. Untereinander wollten man wirken und sich dann heimlich wie das Salz unter den Sauerteig mischen. Gegenwärtig bezieht die Zahl der in Deutschland bestehenden Loggen, die zu 8 fogen „Großlogen“ gehören, auf ungefähr 500 mit circa 35 000 Mitgliedern. Angesichts solcher Zahlen und der Tatsache, daß unter gegenwärtigen Verhältnissen immer mehr in die Öffentlichkeit

flüchtet, war es angetan, daß auch diejenigen, die der Logge nicht angehörten, etwas von ihrem Wesen erfahren. Jmal ist es jetzt der „Berein deutscher Freimaurer“, der eine größere Werbetätigkeit entfaltet. Eine große Anzahl von bildenden Schriftstellern erstreckt sich, wie das ausgezeichnete Werk von Anna Dener „Volks-erzieher, bildet Menschen!“ und von diesem Verein preisgekrönt und in großer Zahl verbreitet worden. Andererseits werden wiederum Preisaufgaben wie über das ethische Problem der „Käufer- und Verkäuferlügen“ gestellt, kurzum, das Freimaurertum sieht in Erkenntnis seines Wertes mehr als je darauf, das allgemeine Leben nach seinem Maße zu bilden.

Nichte hat den Freimaurern den wunderbaren Satz geschenkt: „Welcher Edelsteinende will nicht durch Tun oder Denken ein Samen Korn freuen zu unendlicher, immerfort gebender Vervollkommnung seines Geschlechts, etwas Neues und vorher nie Dagewesenes hineinwerfen in die Zeit, das in ihr bleibe und eine nie verhegende Quelle werde neuer Schöpfungen; seinen Platz auf dieser Erde und die ihm verleihe kurze Spanne Zeit bezahlen mit einem auch hienieden ewig Dauernden, so daß er als dieser einzelne, wenn auch nicht genannt durch die Geschichte, dennoch in seinem eigenen Bewußtsein und seinem Glauben offenbare Denkmal hinterlasse, daß auch er dagewesen sei.“ Was hier dem einzelnen Logenangehörigen gesagt wird, gilt auch dem Freimaurertum im ganzen. Die Arbeit, die geleistet wird, darf nicht in Erwartung zeitlicher und weltlicher Ehren geschehen, sondern geschieht um ihrer selbst willen. Und wie die singuläre Persönlichkeit an sich und in sei-

nem Kreise nach dem Gehe der Loge arbeitet, so zieht nun der ganze Bund in Erweiterung des Bezirkes die Tätigkeit auch zu ganzen Schichten hin. Der Gedanke der Humanität und der Veredelung der Menschenseite ist die führende Linie des Freimaurertums. Dafür hat man als Bild den Dom gewählt, an dessen harmonischen Ausbau von den Bauern gearbeitet wird, wie von den Menschen an sich gearbeitet werden sollte. Damit, mit dem Begriffe der harmonischen Gestaltung, ist die Norm gefunden, um dem hoffentlich in jedem schlummernden Triebe, die Menschheit zu vervollkommen, eine bestimmte Form zu verleihen. Dem Schlimm wäre es um uns bestellt, wenn wir das feilische Verlangen gänzlich auf Schwäche und stumme Resignation beschränken wollten. Freudiges Fortwärtstreben, in künstlerisch empfundenen Geiste geleitet, geboren aus dem uralten Sage „Erkenne dich selbst“, verbunden mit unbedingter Nächsten- und Bruderliebe, die die helfende Hand jeden, auch dem Geringsten, schützend reicht, ist der Leitsphäre der Loge. Ewig gilt Ovids Wort: „Tief in uns liegt eine schöpferische Kraft, die das zu erschaffen vermag, was sein soll, und uns nicht ruhen und rasten läßt, bis wir es außer uns oder an uns auf eine oder andere Weise davongestellt haben.“

Londoner Nachtleben.

Wissen die Berliner eigentlich, daß Berlins Beltrium, zur Nacht die verquälteste Stadt der Erde zu sein, ernsthaft bedroht ist? Nicht von Paris, der Stadt des Lichtes, auch nicht von dem heiteren Wien, nicht von St. Petersburg

Wuch eine nicht geringe Zahl von Innungen ist an den Verträgen beteiligt. In einem Anhang sind die von Innungen abgeschlossenen, wie überhaupt die für das Handwerk gültigen Tarifverträge besonders bearbeitet.

Von den in Tarifverträgen festgelegten Arbeitsbedingungen sind Arbeitslohn und Arbeitszeit am wichtigsten. Aus der Statistik geht hervor, daß für die Mehrzahl der Arbeiter eine tägliche Arbeitszeit von mehr als neun bis zehn Stunden, bezw. eine wöchentliche Arbeitszeit im Sommer von mehr als 58 bis 60 Stunden die Regel bildet. Was den Arbeitslohn angeht, so gelten die Tarifgemeinschaften, die einen niedrigeren Stundenlohn für gelehrte männliche Arbeiter von mehr als 45 Pfennig angeben, für die Mehrzahl der Arbeiter. Andererseits findet sich dagegen ein niedrigerer Stundenlohn für ungelernete männliche Arbeiter von 45 Pfennig und darunter in den Tarifgemeinschaften, die die überwiegende Mehrzahl aller Arbeiter umfassen. Die Tarifverträge mit der Mehrzahl aller Arbeiter enthalten einen niedrigeren Wochenlohn männlicher gelehrter Arbeiter von mehr als 25 bis 30 Mark, während sie andererseits für ungelernete männliche Arbeiter einen niedrigeren Wochenlohn von 25 Mark und darunter enthalten.

Außer diesen allgemeinen Feststellungen über den Arbeitslohn enthält die Tarifstatistik eine besonders eingehende tabellarische Darstellung der Lohnsätze in den einzelnen Berufsarten in den verschiedenen Teilen und Bezirken des Reichs, die eine geeignete Unterlage für vergleichende Lohnberechnungen bildet. So sind denn auch in einer besonderen Tabelle der amtlichen Veröffentlichung die Lohnsätze für eine Reihe der wichtigsten Berufsarten und die ortsüblichen Tagelöhne in ausgetriebenen Bezirken mit den in Berlin herrschenden Lohnsätzen verglichen worden.

v. Oldenburg-Januschau über Zabern.

Der frühere konservative Abg. v. Oldenburg-Januschau, der bei den letzten Reichstagswahlen in Oldenburg-Marienburg unterlag, hat sich, wieder in den Reichstag zurückzuführen, weil dort seine konservativen Gesinnungsgenossen nicht rückwärtslos genug auftraten.

Am Dienstag hat Herr v. Oldenburg-Januschau in Tübingen in einer öffentlichen Versammlung der Vereinigung der konservativen Westpreußen über die politische Lage gesprochen. Er behauptete, daß er immer jeden Morgen Gott gedankt habe, daß er aus dem Parlament heraus sei; als er dann aber in den Reichstag zurückzuführen, weil dort seine konservativen Gesinnungsgenossen nicht rückwärtslos genug auftraten. Am Dienstag hat Herr v. Oldenburg-Januschau in Tübingen in einer öffentlichen Versammlung der Vereinigung der konservativen Westpreußen über die politische Lage gesprochen. Er behauptete, daß er immer jeden Morgen Gott gedankt habe, daß er aus dem Parlament heraus sei; als er dann aber in den Reichstag zurückzuführen, weil dort seine konservativen Gesinnungsgenossen nicht rückwärtslos genug auftraten.

Das Mißtrauensvotum halte er für einen Widerspruch der Reichstag sei das Parlament der Geldsack.

Bezüglich der Wahlreform bejahte er, daß die Regierung schon im nächsten Jahre damit kommen werde, und er halte es für einen taktischen Fehler seines Freundes v. Heudebrand, daß er in seiner letzten Landtagsrede gesagt habe, das jegliche Wahlrecht sei zwar wohl an einzelnen Punkten änderungsbedürftig, aber es habe ja noch Zeit damit. Diese auch nur kleinen Zugeständnisse könnten von den Gegnern zu sehr ausgenutzt werden. Wegen die Reichsvermögenswachstumssteuer sprach sich Herr v. Oldenburg ganz entschieden aus. Es tue ihm heute leid, daß er 1906 für die Erbschaftsteuer gestimmt habe; damals hatte er eben vor den ministeriellen Erklärungen mehr Respekt als heute gehabt.

Bezüglich seiner Reden im Reichstage erzählte er, daß seine Freunde immer eine wahre Todesangst ausgedrückt hätten, wenn er die Rednertribüne betrat. Bei einer dieser Reden hätten dicht vor ihm zwei liberale Abgeordnete gestanden, und es habe ihm viel Spaß bereitet, als er hörte, wie der eine zu dem anderen sagte: „Der Kerl spricht wie im Kuhstall.“

Ein neues japanisches Flottenprogramm.

Man spricht der Deutschen Orient-Korrespondenz von japanischer Seite: Das neue japanische Budget sieht ein neues Marineprogramm vor, das auch in Europa Beachtung verdient, weil es den Beweis erbringt, daß Japan nach langem Hin- und Herstreifen während der letzten Jahre jetzt wieder zu einem planmäßigen Ausbau seiner Flotte übergehen wird. Finanzielle Schwierigkeiten aller Art hatten eine zehnjährige Planlosigkeit in die Marinebauten hineingebracht, die der Einheitlichkeit der Flotte wesentlich Abbruch tun. Aber vom nächsten Jahre ab soll ein großzügiges Programm durchgeführt werden, das sich bis zum Jahre 1920 erstreckt. Es sind eigentlich zwei Ergänzungsprogramme, von denen das eine bis zum Jahre 1917 durchgeführt sein soll und Aufwendungen in Höhe von 310 Millionen Mark erfordert, während das zweite rund 300 Millionen beansprucht und bis 1920 abgeschlossen sein soll. Bei dem ersten handelt es sich um den Bau von 6 Schlachtkreuzern, von denen der erste bereits fertiggestellt ist; das zweite enthält 6 Linien- und 3 Kreuzer. Das ursprüngliche Programm ging noch erheblich weiter, es mußte aber aus finanziellen Rücksichten ganz bedeutend reduziert werden und es bleiben nur 4 Linien- und 4 Schlachtkreuzer und 3 kleine Kreuzer übrig. Das neue Flottenbauprogramm ist nun eine wesentliche Erweiterung dieses letzteren stark gekürzten Programms. An seiner Annahme im Parlament wird nicht gezweifelt. Trifft diese Annahme zu, dann wird sich die japanische Flotte im Jahre 1920 in Bezug auf wirklich moderne Kriegsschiffe folgendermaßen gestalten: Fertiggestellt ist der in England gebaute Schlachtkreuzer „Mogami“, drei Schiffe genau desselben Typs, die in Japan gebaut sind, sind von Stapel gelaufen und zwei weitere werden jetzt auf Stapel gelegt. Außerdem ist im Bau begriffen das Linien- und Kreuzer „Fuso“ mit 31 000 T., von dem bis 1920 5 Schwere- und 5 leichte Kreuzer gebaut werden sollen. Außer diesen modernen Schiffen verfügt Japan noch über eine ganze Reihe älterer Schiffe, darunter solcher, die der russischen Flotte während des letzten Krieges abgenommen waren. Aber die Leistungsfähigkeit aller dieser Schiffe, die durchweg vor dem Kriege gebaut waren, darf nur sehr gering bewertet werden.

Deutsches Reich.

Neues Verbot dänischer Vorträge. Der Regierungspräsident in Schleswig unterlegte dem Direktor für das Kopenhagener Rettungswesen Sohns Jaisl einen Vortrag in dänischer

Sprache in den dänischen Versammlungshäusern Nordfriesland und zwar in Rüggeborn und Karup zu halten. Eine Begründung für das Verbot ist dem Antwortschreiben des Regierungspräsidenten nicht beigefügt. Direktor Jaisl hatte als Thema für die Vorträge gewählt: „Die Fliegenplage und ihre Bekämpfung“.

Badischer Landtag.

(Zweite Kammer. — 17. Sitzung.)

[*] Karlsruhe, 22. Jan.

Präsident Rohrbach eröffnet die Sitzung 9.25 Uhr.

Am Regierungstische Regierungskommissare. Das Haus ist gut besetzt. Sekretär Odenwald (W.) gibt die eingegangenen Petitionen bekannt. Das Haus fährt in der Beratung über die Erledigung der von der Regierung während des Landtages 1912/13 von der Zweiten Kammer der Landstände überwiesenen

Petitionen

Die Bitte der Gemeinden Zuzwangen, Schönwald, Schönau und Triberg und die Anschließung der Schwarzwälder Handelskammer, betr. den Bau einer elektrischen Bahn von Zuzwangen nach Triberg, sowie die besondere Petition der Gemeinde Schönach über den Bau einer Stichbahn von Triberg nach Schönach wurden der Regierung empfehlend überwiesen. Die Regierung vermag dem Verlangen der Geschädigten um Bewilligung eines Staatszuschusses zu den Kosten für die Erbauung dieser elektrischen Bahn für die Stichbahn immer noch nicht näherzutreten.

Die Bitte des Stadtrats sowie des Kur- und Verkehrsvereins Konstanz um Umgestaltung der dortigen Bahnhofsanlage wurde empfehlend überwiesen. Abg. Benedek gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Generaldirektion die Inanspruchnahme der Pläne so fördert, daß die Aufgabe des Ministers, in das Bundesbudget 1914/15 die erste Rate einzustellen, eingehalten werden kann. Gegen eine weitere Hinausschiebung der Angelegenheit müsse sich die Stadt Konstanz ganz entschieden verhalten.

Ministerialrat Wolpert entgegnet, die Generaldirektion habe die Sache nicht auf die Seite geschoben, sondern sie nach besten Kräften gefördert. Die Bitte der Gesellschaft für den Automobilbetrieb Ludwigshafen-Stodach-Tutlingen und die Vertretungen beteiligter Gemeinden um eine staatliche Unterstützung wurde empfehlend überwiesen. Die Gesellschaft hat im Jahre 1912/13 einen Staatszuschuß von je 2000 M. erhalten. Sie wird auch in Zukunft einen solchen bekommen.

Die Bitte des Komitees und der Gemeinderäte der beteiligten Gemeinden um Erbauung einer Eisenbahn von Königheim über Wilsberg nach Hardheim wurde empfehlend überwiesen. Die Regierung erwidert, daß sie noch dringender Maßnahmen zu tun habe.

Die Bitte des Eisenbahnkomitees und des Gemeinderats Oettingen um den Bau einer Bahn von Ringolsheim nach Oettingen und die Petition der Gemeinderäte Langenbrücken und Stettfeld um Einmündung der projektierten Nebenbahn Oettingen-Hauptbahn in Langenbrücken wurde empfehlend überwiesen. Die Regierung verhält sich gegenüber dieser Bitte ablehnend.

Die Bitte des Eisenbahnkomitees Mergentheim-Wismatal um Erbauung einer normalspurigen Nebenbahn von Mergentheim, Erlendorf, Dollenberg, Oberndorf, Neumarkten, Wismatal, Rengershausen, Neumarkten nach Mergentheim wurde zur Kenntnisnahme überwiesen. Die Regierung hält an ihrem ablehnenden Standpunkte fest.

Die Bitte von Vertretern der beteiligten Gemeinden sowie der Handelskammer Schopfheim über den Bau einer normalspurigen Nebenbahn von Schopfheim durch das kleine Wiesental bis Tegernau wurde empfehlend überwiesen. Die Regierung kann der Erfüllung der Bahn nicht näherzutreten, weil es bis jetzt an genügenden Erfahrungen über den elektrischen Betrieb der bestehenden Wiesentalbahn fehlt.

Frederic William Bile.

Sudermanns „Lobgesänge des Claudian“.

Ueber die schon gestern hier gemeldete Aufführung des neuen Sudermann schreibe unter Hamburger Mitarbeitern: Sudermanns neues Drama „Die Lobgesänge des Claudian“ erlebte in „Deutsches Schauspielhaus“ in Hamburg, inszeniert von Alex Otto seine Uraufführung. Sudermann schildert in ihm das Leben und Sterben des römischen Feldherrn und späteren Reichsverwesers Stilicho und des Lebens und Sterbens des Dichters Claudius Claudianus, dem Günstling Stilichos, der von ihm mit Ehren und Gunstbesetzungen überhäuft wird, der dem Vandalen begieriger Lobgesänge widmet und doch insgeheim eine zweifelhafte Rolle spielt, bis Stilicho, nachdem er seine verräterische Stillschicht und seine gefährliche Doppelzüngigkeit erkannt hat, ihn aus seinem Ansehn verbannt. Auf seinem Landgute, vergnügt in Einsamkeit und Bitternis, durchlebt Claudius Claudianus Jahre dampfen Gralles, fern von der Welt, in der er wie ein Gott verehrt worden war. Seine Stim-

Abg. Herbst (natl.) bemerkt, die Bitte der Bewohner des kleinen Wiesentals sei schon sehr alt und es sei zu bedauern, daß die Regierung ihren ablehnenden Standpunkt immer noch nicht aufgegeben. Hoffentlich sei der neuerlichen Bitte ein größerer Erfolg beschieden, als der vorausgegangenen, zumal es sich hier um eine Gegend handle, deren Ansprüche um bessere Verkehrsverhältnisse wohl begründet seien.

Die Bitte der Handelskammer Freiburg, der Schwarzwälder Handelskammer, des Verkehrsvereins Freiburg, des Gewerbevereins Waldkirch und der Vertretungen der beteiligten Gemeinden über den Ausbau der Elztalbahn wurde empfehlend überwiesen. Die Regierung erklärt, sie könne diesem Wunsche nicht nachkommen.

Abg. Göhring (natl.) erklärt, die Stadt Freiburg habe das allergrößte Interesse daran, nicht nur einen Ost-West-Verkehr, sondern auch einen guten Verkehr nach Würtemberg herbeizuführen. Der Redner macht auch auf die strategische Bedeutung dieser Linie aufmerksam und bittet die Regierung, bei der Reichsverwaltung in Berlin dahin vorstellig zu werden, daß auch dieser Gesichtspunkt in Berücksichtigung gezogen wird.

Die Bitte des Südbahn-Komitees um Gewährung eines Staatszuschusses zum Bau und Betrieb einer Lokalbahn von Singen durch die Südröhre nach dem Rhein wurde teilw. empfehlend, teilw. zur Kenntnisnahme überwiesen. Die Regierung ist dem Projekt nicht abgeneigt.

Abg. Göhring (natl.) betont, daß die Abwägung zwischen den Städten Singen und Radolfzell befristet werden müsse. Die Regierung müsse einen gangbaren Weg finden, um die Südröhre mit einer anständigen Bahn zu versehen.

Die Bitte der Gemeinde Obisbach und die Anschließung der dortigen Arbeiterbahn um Errichtung einer Haltestelle an der Bahnstrecke der Schwarzwaldbahn zwischen Gengenbach und Ortenberg wurde empfehlend überwiesen. Die Mittel für diese Haltestelle sind in den Dienstvoranschlag eingestellt worden.

Die Bitte der Gemeinden Geroldsheim und Großrinderfeld über den Bau einer Wagenhalle für die Motorpostverbindung Würzburg-Laubersheim auf Staatskosten wurde empfehlend überwiesen. Die Regierung bewilligt 5000 Mark.

Bei den Petitionen von Beamtenvereinigungen schlägt Präsident Rohrbach vor, auf Ausführungen zu verzichten, da sich in der Zukunft wiederholt Gelegenheit geben werde, die Wünsche aller gleich zu vertreten. Das Haus ist damit einverstanden. (Finanzminister Dr. Reinholdt tritt den Saal.)

Voranschlag der Oberrechnungskammer.

Abg. Neubaus (Ztr.) berichtet im Namen der Budgetkommission über den Voranschlag der Oberrechnungskammer für 1914/15, die Deutschschrift der Oberrechnungskammer über das Ergebnis der Rechnungsabgrenzung in dem Geschäftsjahre 1911/12 und 1912/13 und über die Rechnungen über Einnahmen und Ausgaben der Oberrechnungskammer für die Jahre 1911/12 und beantragt deren Genehmigung.

In der Diskussion fragt Abg. Wittenmann (Zentr.) an, warum der Präsident der Oberrechnungskammer sein Budget nicht vertritt. Finanzminister Dr. Reinholdt entgegnet, es sei dies eine alte Gepflogenheit; die Frage solle aber geklärt werden. Der Kommissionsantrag wird einstimmig angenommen.

Aus dem Voranschlag des Finanzministeriums.

Abg. Dr. Schöfer (Zentr.) berichtet im Namen der Budgetkommission über den Voranschlag der Salinenverwaltung, der Münzverwaltung, der Allgemeinen Verwaltung, verschiedene und zufällige Ausgaben und beantragt Genehmigung der in Einnahmen und Ausgaben vorgesehenen Summen.

In der allgemeinen Beratung gibt der Abg. Sidler (natl.) seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die Saline Kaprun nun umgebaut wird. Er richtet an die Regierung die Bitte, die Arbeiten an Kapruner Firmen zu vergeben. Die Gemeinde Kaprun bitte ferner, ihr wieder die Kapruner Patienten, nur in etwas größerer Anzahl, zuzuwenden und ihr Sole abzugeben. Des weiteren soll die Re-

lich englisches London mehr. Es ist ein festländisches London — man könnte, da die Hauptstadt des deutschen Reiches als „Nachstadt“ bisher unübertroffen ist, fast sagen: es ist ein deutsches London geworden. Wer, wie der Schreiber dieser Zeilen, seit mehr als zehn Jahren in Berlin lebt, fühlt sich jetzt in London nichts ganz wie zu Hause. Wenn die Glocke „Big Ben“ vom hohen Turm des Parlamentshauses an der Westminster-Brücke weithin töndend die Mitternacht verkündet hat, nehmen die Londoner nicht mehr so tugendhaft wie einst ihre Schläge zur Mahnung, zu Bett zu gehen. Im Gegenteil, — sie nehmen sie zum Signal, daß die Nacht, mit all ihrer Lust, begonnen hat. Wer in Savoy, bei Romanos, im Carlton oder Piccadilly soupiert hat, wird immer noch Punkt zwölf oder spätestens halb 1 Uhr an die Luft gefeht, muß immer noch seine Rechnung beim Schein des Streichholzes bezahlen, das ein ungeduldiger Kellner in den Fingern hält. Denn soweit Hotels, Restaurants und Kaffeehäuser in Betracht kommen, besteht auch jetzt noch der Parlamentsbeschluss zu Recht, der den Londoner Bürger am Mittwoch aus allen Speisewirtschaften heimschließt. Aber in den sogenannten „Nachklubs“ geht der Spaß nun erst los. Und sobald die Gosthöfe, die Restaurants, die Kaffeehäuser sich leeren, strömen den Nachklubs die Gäste von allen Seiten zu. Derart, daß jene den Wettbewerb schon sehr stark empfinden und höher in die Zukunft sehen.

Der Nachklub ist es, der dem Londoner die Kunst beibringt, sich die Zeit zwischen Mitternacht und Morgenrot zu vertreiben. Es

war ein wagemütiger Amerikaner, Jack Murray mit Namen, der vor drei oder vier Jahren als Pionier des Londoner Nachtlebens auftrat, indem er den anfangs etwas stark bohemeartigen „Cosmopolitan Club“ gründete. Klubs können, nach den englischen Geistesvorschriften, ihre Räume Tag und Nacht offen halten, selbstverständlich nur für ihre Mitglieder. Der „Cosmopolitan Club“ machte so glänzende Geschäfte, daß Jack Murray vor einigen Monaten einen neuen Nachklub ins Leben gerufen hat, der für ein vorwiegend elegantes Publikum berechnet ist und dessen Stammgäste nicht nur junge Choristinnen und Lebesjünglinge sind. Im November 1913 wurde dieser Klub unter der Bezeichnung „Murray Club“ feierlich eröffnet. Er ist ein ins Englische übertragener Berliner Palais de danse, und der Winter war noch nicht zur Hälfte vorüber, als zwei oder drei andere Lokale gleicher Art entstanden und die Liste ihrer Mitglieder sich wie durch Zauberkräfte mit unendlich vielen Unterschriften bedeckte. London hatte mit einem Schlag ein Nachtleben.

Längst hatten ja Tango und Maxixe auch in London Furore gemacht. Zwischen Mitternacht und vier Uhr morgens mußten diese neuen Tänze, wie überall so auch in London, zur Herrschaft gelangen. Man begegnet in den Londoner Nachklubs allen Klassen der Gesellschaft, den höchsten und den niedrigsten. Einige Leute behaupten wohl, das Londoner Nachtleben werde nur eine vorübergehende Erscheinung sein. Sie glauben, es sei unmerklich mit dem britischen gesunden Menschenverstande, der sich in allen Dingen gegen die Liebertreibung auflehnt. Viel-

leicht werden sie recht behalten. Vorläufig aber steht das Londoner Nachtleben in höchstem Schwung und am Beginn einer Entwicklung, die mit Niefensdritten zunimmt.

Frederic William Bile.

Sudermanns „Lobgesänge des Claudian“.

Ueber die schon gestern hier gemeldete Aufführung des neuen Sudermann schreibe unter Hamburger Mitarbeitern:

Sudermanns neues Drama „Die Lobgesänge des Claudian“ erlebte in „Deutsches Schauspielhaus“ in Hamburg, inszeniert von Alex Otto seine Uraufführung. Sudermann schildert in ihm das Leben und Sterben des römischen Feldherrn und späteren Reichsverwesers Stilicho und des Lebens und Sterbens des Dichters Claudius Claudianus, dem Günstling Stilichos, der von ihm mit Ehren und Gunstbesetzungen überhäuft wird, der dem Vandalen begieriger Lobgesänge widmet und doch insgeheim eine zweifelhafte Rolle spielt, bis Stilicho, nachdem er seine verräterische Stillschicht und seine gefährliche Doppelzüngigkeit erkannt hat, ihn aus seinem Ansehn verbannt. Auf seinem Landgute, vergnügt in Einsamkeit und Bitternis, durchlebt Claudius Claudianus Jahre dampfen Gralles, fern von der Welt, in der er wie ein Gott verehrt worden war. Seine Stim-

mung der Verlassenheit und verzweiflungsvollen Melancholie benutzt Olympias, der Verwalter des heiligen Palastes, um ihn ein altes Gedicht mit gefährlichen politischen Anspielungen zu entziffern, dessen Inhalt, wenn er dem kranken Kaiser Honorius bekannt wird, den Sturz des Stilicho, der sich schon lange durch sein Bündnis mit dem Götten Marius verdächtigt gemacht hat, zur Folge haben muß. Der geschmeidige Olympias läßt die Gelegenheit nicht ungenutzt. In Ravenna wird Stilicho von seinem Schicksal ereilt. Umsonst versucht ihn Claudius Claudianus, der ihm reuevoll nachgeht und der erst jetzt nach dem Sturze die Größe Stilichos erkennt, mit eigener Ausopferung zu retten. Vom Altar fort, aus dem schwebenden Tempel heraus, wissen ihn die heronstürmenden Feinde zu locken, trotzdem Claudius Claudianus, von ihren Schwertern durchbohrt, ihm noch sterbend zuzurufen, ihren ägnerischen Versicherungen nicht zu glauben.

Es ist Sudermann nicht gelungen, das Bild der Zeit, der handelnden Menschen wirklich lebendig zu machen. Ein endloser Zug bunter aber nur schattenhaft umrissener Gestalten, die zwar Stimme und Gebärde, aber keinen echten Persönlichkeit haben, zieht über die Bühne. Der Zuschauer soll für zu viel verschiedene Schicksale Anteil haben, als daß ihn eines wirklich packen und interessieren könnte. Der feilsche Umschwung des Claudian ist zu plöcklich und unmotiviert, um glaubhaft zu wirken. Trotz mancher bühnenwirksamen Momente leiden die fäul-

gierung der Gemeinde Rappennau dadurch entgegenkommen, daß ein Weg durch die Anlage gebaut, die Anlage etwas hergerichtet und an Stelle der alten Werkstatthäuser eine neue Anlage errichtet wird.

Abg. Börlacher (Centr.) wünscht, daß die Saline Durrheim ebenfalls modernisiert wird.

Abg. Wagner (natl.) begrüßt neben den vorgeschlagenen Verbesserungen und Modernisierungen die Anforderung eines Lantienesafes von 1500 M. zur Beteiligung der Vorstände der Salinen am Gewinn der Werke und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß in Bad Durrheim in Bälde ein neues Bad errichtet wird.

Abg. Kolb (Soz.) gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Salinen modernisiert werden und hofft, daß damit auch die Verhältnisse der Arbeiter verbessert werden.

Finanzminister Dr. Reinholdt: Die Regierung werde die ortsanfälligen Geschäftskente und Arbeiter in Rappennau nach Möglichkeit berücksichtigen. Sie ist sehr gerne bereit, den von den natl. Abg. Sidler vorgebrachten Wünschen nachzukommen. Die St. Domänenverwaltung hat eine neue Lohnordnung aufgestellt. Der Minister hofft, daß die geplante Aenderung der Arbeiterbefriedigung werde. Die Arbeiten für ein Dampfbad in Durrheim werden so beschleunigt, daß das Bad schon zu Beginn der nächsten Saison benützt werden kann.

Nach weiteren Bemerkungen einiger Abgeordneter, wird die allgemeine Beratung geschlossen. In der Einzelberatung ergreift niemand das Wort. Sodann werden die einzelnen Positionen einstimmig angenommen. Hiernauf wird die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung Freitag vormittag 9 1/2 Uhr mit der Tagesordnung: Nachweisungen der im Jahre 1912 eingegangenen Staatsgelder; der gleichende Darstellung der Budgetlage und Rechnungsabrechnung von 1911-12; Interpellation Müller über die Reichsbergämter in Baden für die Erhebung der Hoffläge; Interpellation Dr. Koch:

Kurzzeit, die eine Spielbauer von 8 Uhr bis gegen Mitternacht beanspruchen, an Wiederholung und unangenehmer Ausdehnung, die die dramatische Spannung im höchsten Grade ungünstig beeinflussen.

Die Regie hatte für wirklich schöne und stimmungsvolle Bühnenbilder gesorgt, von denen das Feldlager bei Vellestia und der Kampf des Claudius Claudianus bei Mailand besonders wirkungsvoll waren. Robert Hil als Silicho, Max Montor als Dichter Claudianus spielten mit ganzer Hingabe und machten aus ihren Rollen, was nur daraus zu machen war. Daß sie keine echten Menschen schaffen konnten, war nicht ihre Schuld.

Das Publikum verhielt sich nach den vier ersten Aufzügen schweigend oder flau applaudierend. Nach dem Schluß kam es doch noch zu einem lächelnden Achselzucken. Sudermann konnte sich zu wiederholten Malen mit den Darstellern auf der Bühne zeigen.

Professor Wolfrum gegen die Heidelberger Musikkritik!

In der heutigen Nummer der „Heidelberger Zeitung“ befindet sich eine bemerkenswerte Zuschrift von Professor Wolfrum, dem Dirigenten des Badischen Vereins, die eine Erwiderung auf einen Artikel des „Heidelberger Zeitung“ enthält. Einige Konzeptschreiber aus Mannheim waren in dem letzten Badischen Konzert vor Ende der letzten Nummer aus dem Saale gegangen. Bei dieser Gelegenheit hatte Professor Wolfrum abgeköpft und

Beeinträchtigung der Badischen Staatsbahn durch die Reichsbahn.

Badische Politik.

Baden und das Jesuitengesetz.

Die „Deutsch-Evangelische Korrespondenz“ schreibt:

Die Aeußerung des Badischen Ministers von Dusch zur Frage des Jesuitengesetzes hat weithin in evangelischen Kreisen Aufsehen gemacht und Unruhe hervorgerufen. Die „Badische nationalliberale Korrespondenz“ räumt die Beeinträchtigung der Erregung auch an, glaubt aber, daß der stenographische Bericht über das, was Herr von Dusch wirklich gesagt hat, Berichtigung schaffen werde. Der Minister habe nur erklärt, daß sich die badische Regierung nicht grundsätzlich ablehnend verhalten werde, wenn sich ein Modus einer milderer Behandlung der einzelnen Jesuiten in ihrer Betätigung finden lasse. Die „Korrespondenz“ versteht darunter „z. B. die Erlaubnis gelegentlich eines Besuchs in der Heimat, am Todestag verstorbenen Verwandter (Eltern, Geschwister, Großeltern usw.) eine Totenmesse oder ein Requiem zu halten und dabei Verwandten die Kommunion zu reichen.“ Diese Auslegung der Worte des Ministers stimmt aber wenig zu folgender Auslassung des „Karlsruher Tagblatts“ (Amtsverständiger) in Nr. 17:

„Zur Erklärung des Staatsministers von Dusch: „Einer vollständigen Aufhebung des Jesuitengesetzes könne die Regierung nicht zustimmen, einer Milderung desselben aber werde sie nicht ablehnend gegenüberstehen.“ macht die „Tägl. Rundschau“ die Bemerkung: „Es wäre interessant zu hören, wo Herr von Dusch in unserer Jesuitengesetz eine Härte findet, die einer Milderung bedürfte. Will er etwa dem Bismarckischen „kleinen Jesuitenantrag“ zustimmen? Es kann die Bekämpfung öffentlicher Vorträge auch über religiöse Fragen (die Reformation ausgenommen — im Interesse des konfessionellen Friedens) und die Ausschüsse in der Seelsorge im nachzusehenden und nachgewiesenen Bedürfnisfall, bei der Poststation in Großstädten und Industriezentren, im Benehmen mit den zuständigen Pfarrämtern und unter der Aufsicht der Pfarrämter in Frage kommen. Hinsichtlich der Vorträge würde die Rechtsprechung mit den Arbeitern, Freidenkern, Monisten usw. hergestellt werden.“

Es ist gewiß schwer vorstellbar, daß diese dilettierende Gesinnung von irgendeiner offiziellen badischen Stelle inspiriert sein soll. Die gesellschaftliche Bewegung in der „Königlichen Volkszeitung“ (Nr. 56), daß es sich um den Karlsruher „Amtsverständiger“ handelt, ist auch zu durchsichtig, als daß man schon von einer Regierungsaeußerung reden könnte. Aber man sieht doch, wohin die Bemühungen zielen, die sicher zurzeit von ultramontaner Seite aus im Anschluß an die Duschsche Erklärung in Karlsruhe gemacht werden. Und inwiefern liegt durchsichtiger Anlaß vor, daß man in den protestantischen Kreisen Badens bei Zeiten zu der ministeriellen Aeußerung Stellung nimmt. Auch liegt es nur im Interesse der badischen Regierung selbst, wenn sie klarstellt, wie sie sich eigentlich die „Milderung“, in Wahrheit Abschwächung, des Jesuitengesetzes denkt, die sie grundsätzlich nicht ablehnen will. Darüber kann jedenfalls kein Zweifel bestehen, daß die Jesuiten, wenn ihnen die öffentlichen Vorträge auch über religiöse Fragen freigegeben würden, den „Abschnitt: Reformationsgeschichte“ keinesfalls ausschalten würden. Sie könnten das auch gar nicht, weil sie aufhören würden, Jesuiten zu sein, wenn sie von der „religiösen“ Ruhmarmut ihrer „Mangelperiode“, der Gegenreformation, absehen wollten.

durch dieses demokratische Verhalten den Besuchenden sozusagen eine Lüge erteilt. Der Musikressent der „Deutsche Zeitung“ hatte dieses Vorgehen als eine „Ausübung der Saalpolitik“ bezeichnet. In seinem Artikel verteidigt nun Herr Prof. Wolfrum sein Vorgehen, was er auch vollkommen berechtigt war. Aber einleuchtend ist die Tatsache, daß Professor Wolfrum in diesem Duvich als die Musikkritiker, die in Heidelberg ihres Amtes walteten, die Frage nach dem „Verständigungswort“ im „Amte“ autorisiert und u. a. sagt: „Man kann auch auf dem Gebiete der Kunst nicht gelten lassen: Schreibe, wenn ein List gegen dich in der Welt herabheißt, so ist es doch noch so dumm.“ Dies vertritt also wertwürdiger, als der unermessliche Professor Müller in seiner Reichheit zum 19jährigen Jubiläum des Heidelberger Baher, gerade die Tatsache der Heidelberger Musikkritik ganz außerordentlich lobt und u. a. dem Heidelberger Rechtsanwalt Dr. Schottler, der 25 Jahre lang die Kritiken für die Badische Zeitung geschrieben, besonders den Dank des Badischen Vereins ausdrückt. Auch der General von Professor Wolfrum, daß das Orchester des Heidelberger Baherjubiläum in Mainz und Wogen behandelt werde, während jeder angehende Musikrevisor, oder unangenehme Dilettanten-Beurteilung bekommt“ ist ein Ausdruck, den die Musikkritik in Mannheim nie und nimmer verdient. Deutlicher liegt die meiste Musikkritik an den deutschen Tageszeitungen in Händen von bewährten Fachleuten, die mit ihrem vollen Namen zeichnen und wohl wissen, was sie zu schreiben haben.

Mahlers Auserstehungs-Sinfonie in Mainz.

Unser R.-K.-Mitarbeiter schreibt uns aus Mainz: Kapellmeister Albert Gortler, dem die Mainzer Opernbühne ihren gegenwärtigen guten

Aus Stadt und Land.

Manheim, 22. Januar.

Das Ergebnis der Kaufmannsgerichtswahl.

Bei der gestrigen Kaufmannsgerichtswahl haben aus dem Kreise der Handlungsgehilfen von rund 3000 eingetragenen Wählern 1733 von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht, das sind etwa 54 Prozent, gegenüber 66 Prozent bei der Wahl 1911. Auf die einzelnen Gruppen verteilen sich die Stimmen wie folgt: Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband 743 (1911: 614), Soziale Arbeitsgemeinschaft 577 (1911: 759) einschließlich der Stimmen des „Columbus“, der diesmal gesondert vorging, „Columbus“ 159, Zentralverband 24 (1911: 127). Es erhalten demnach der D. S. V. 10, die Soziale Arbeitsgemeinschaft 8, der „Columbus“ 2 und der Zentralverband 4 Beisitzer. Der D. S. V. hat seinen Beisitzstand behauptet, die Verbände der Sozialen Arbeitsgemeinschaft haben einen Sitz an den „Columbus“ und 2 Sitze an den Zentralverband verloren. Innerhalb der Sozialen Arbeitsgemeinschaft stellt der kaufmännische Verein 3, der öder Verein 2, der Leipziger Verband 2 und der Versicherungsbeamtenverein 1 Beisitzer.

Auffällig ist der Stimmenzuwachs des D. S. V. und des Zentralverbandes. Beim D. S. V. erklärt sich die Stimmenmehrung durch die günstige Entwicklung, die diese Organisation in den letzten drei Jahren durchgemacht hat. Das kann man vom Zentralverband nicht so ohne weiteres behaupten. Es ist vielmehr anzunehmen, daß er aus anderen radikalen Lagern seinen Stimmenzuwachs erhalten hat. Der Wahlkampf ist, wenn man von einem Flugblatt, das am Wahltag verbreitet wurde, absieht, durchaus würdig geführt worden. Die Deutschnationalen haben bei dieser Wahl zum erstenmal einen Tätigkeitsbericht herausgebracht, ein Vorgehen, das seine gute Wirkung zweifellos nicht verfehlt.

Eigentliche Wahlarbeit am Wahltag ist nach den Beobachtungen nur von den Deutschnationalen und den Zentralverbänden geleistet worden. Die Deutschnationalen hatten in der Altstadt und in den Vororten Wahlbureau eingerichtet und mahnten zwischen 3 und 5 Uhr zum ersten Male die wahlberechtigten ein, an dem sich rund 50 freiwillige Hilfskräfte beteiligten. Von den Verbänden der Sozialen Arbeitsgemeinschaft wurde keine Schlepparbeit größeren Umfangs betrieben.

* Aufstellung von Zahlteilerklassen. Wie alles andere in unserer modernen Welt, auch die öffentliche Liebeshätigkeit immer neue Wege, um den rastlos tätigen, immer eilenden neugierigen Menschen einen Augenblick an sich zu fesseln, ihm zum Verweilen, ja gar zur stillen Mitarbeit anzuregen. Auch neue Hilfsquellen finanzieller Art, ist sie zu suchen gezwungen. Seit einiger Zeit hat sich nun in vielen deutschen Großstädten ein Zahlteiler eingeführt, der in charitativer Hinsicht der Liebteiler des Publikums geworden ist. Es ist ein schöner runder Koffer, der ein bescheidenes Plätzchen neben der Kasse jedes sozialdenkenden Geschäftsinhabers beansprucht. Eigentlich ist es eine Zahlteilerkasse die als Zahlteiler benutzt wird, um nebenbei die Käufer in bescheidenem und wenig aufdringlicher Weise um die oft lästigen Kupfermünzen durch die summe Bitte der Liebteiler des Koffers zu erleichtern. Er schädigt niemand, belästigt niemand. Stumm und doch so berechtigt winkt er in den Geschäften mit Arbeiterfundschaft wie in denen der Gelehr-

schaft. Zu der Bekämpfung sozialen und charitativen Glends hat er schon Tausende beigetragen. Auch in Mannheim hat er jetzt sein Kommen angekündet. Die „Bereinigung für Trinkererbsorge“, vertraut auf das große Verständnis, welches die Bürgerchaft bei Gelegenheit des wissenschaftlichen Kurses zu Anfang dieses Jahres, dem Alkoholglend gegenüber gezeigt hat, bittet alle Geschäftsinhaber, dem Zahlteiler ein bescheidenes Plätzchen neben ihrer Kasse einzuräumen. In vielen Geschäften in Mannheim hat er schon Unterkunft gefunden und — auch schon sofort den milden Sinn unserer Bevölkerung bewiesen. „Erbarmt Euch des Trinkererbs“, so ist seine Aufschrift, und fürwahr, wer hineingeschaut hat in das oft grauenhafte Glend der Trinkerfamilien und weiß, daß oft genug nur deshalb nicht geholfen werden kann, weil es an den notwendigen Geldmitteln fehlt, den Alkoholkranken die erforderliche Heilstättenbehandlung angedeihen zu lassen usw., dem blutet das Herz ob der unabsehbaren Folgen, die das für die Familie für die gesamte Umgebung oft mit sich bringt. Gewiß, Staat und Gemeinde müssen eingreifen, die Krankenkassen und Invalidenversicherungen müssen helfen, aber so mancher warm Mitempfindende möchte doch auch mal, ohne irgend eine Verpflichtung einzugehen, sein Scherlein beitragen und seine Hilfe gewähren. Der hübsche Zahlteiler stellt sich ihm in Mannheim von jetzt ab zur Verfügung. Möchten recht viele denn und wann seine summe Bitte beherzigen: „Erbarmt Euch des Trinkererbs!“

* Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden. Seit dem 1. Januar 1914 sind die Hausgewerbetreibenden und ihre handgewerblich Beschäftigten der Krankenversicherung unterworfen. Sie gehören in die Ortskrankenkassen ihres Betriebes (Wohnort). Sie haben sich selbst bei dieser Kasse anzumelden und auch selbst ihre Beiträge dort einzuzahlen. Hausgewerbetreibende, die nicht in der Liste der Kasse stehen, haben im Krankheitsfall feinerliche Ansprüche an die Kasse. Rückständige Beiträge werden wie Gemeindegeldbeiträge beigetrieben, auch kann die Kasse bestimmen, daß in diesem Falle das Krankengeld, die Wöchnerinnenunterstützung, das Schwangers- und Stillgeld gefügt oder ganz eingezogen werden. Der Unternehmer hat außerdem bei der Kasse resp. Ortskrankenkasse seines Betriebes eine Liste der von ihm direkt beschäftigten Hausgewerbetreibenden anzulegen. Beschäftigt er Zwischersonen, so hat er dies der Kasse mitzuteilen; diese Zwischersonen übernehmen die Pflichten des Auftraggebers und zwar bei der Kasse ihres Betriebes. Jeder hat also nur mit der Kasse seines Betriebes zu tun. Die Kassen verrechnen untereinander. Die Auftragsgeberzuschüsse betragen vorläufig 2% des dem Hausgewerbetreibenden gezahlten Lohnes. Sie können alle sehr verschieden hoch sein. Danach richtet sich auch das Krankengeld. Dieses kann zwar nie über die sachgemäße Leistung hinausgehen, wohl aber, wenn der Hausgewerbetreibende wenig verdient, darunter sinken. Will der Hausgewerbetreibende sich den Bezug des ganzen Krankengeldes sichern, so muß er die doppelten Beiträge einzahlen, dafür werden ihm aber die Auftragsgeberzuschüsse ausgerechnet oder verrechnet. Rechnen wir an, die Beiträge des Hausgewerbetreibenden 3. betragen jährlich 20 M., der Auftragsgeber 10 M. für ihn ein. Dann würde er nur Anspruch auf die Hälfte des Krankengeldes haben. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 1 M. heißt das also, daß er nur 50 Pfennig erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 2 M. heißt das, daß er nur 1 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 3 M. heißt das, daß er nur 1 1/2 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 4 M. heißt das, daß er nur 2 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 5 M. heißt das, daß er nur 2 1/2 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 6 M. heißt das, daß er nur 3 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 7 M. heißt das, daß er nur 3 1/2 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 8 M. heißt das, daß er nur 4 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 9 M. heißt das, daß er nur 4 1/2 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 10 M. heißt das, daß er nur 5 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 11 M. heißt das, daß er nur 5 1/2 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 12 M. heißt das, daß er nur 6 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 13 M. heißt das, daß er nur 6 1/2 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 14 M. heißt das, daß er nur 7 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 15 M. heißt das, daß er nur 7 1/2 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 16 M. heißt das, daß er nur 8 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 17 M. heißt das, daß er nur 8 1/2 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 18 M. heißt das, daß er nur 9 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 19 M. heißt das, daß er nur 9 1/2 M. erhalten würde. Bei einer Höhe des Krankengeldes von 20 M. heißt das, daß er nur 10 M. erhalten würde.

* Nationalliberale Bezirksvereine. Der Bezirksverein Redarstadt II wählte in einer Mitgliederversammlung wiederum die Herren Schöffo und Wilh. Spielmeier zu Vorsitzenden. — Redarstadt I hielt Mittwoch im Colosseum eine ziemlich gut besuchte Versammlung ab. Herr Raub begrüßte die Erschienenen, der 2. Vorsitzende, Herr Hartmann, erstattete den Jahresbericht. Die Vorstandswahl ergab einstimmig die Wiederwahl des Herrn H. Raub, Michael Hartmann, F. Seiler und R. Hammel. Die Liste der Vertretungsmänner wurde nach den Vorschlägen des

Raub verbannt, ist auch als Dirigent der Sinfoniekonzerte (die hier als Veranstaltungen des städt. Orchesters im Stadtkonzerthaus abgehalten werden) mit Glück befreit, diesen Abenden schon in der Wahl der Werke des Reichens zu spendieren zu geben. Am Mittwoch hatte er sich und seinen Künstlern eine außerordentliche Ausgabe gestellt mit der G.-Roll-Sinfonie von Gustav Mahler, die bekanntlich zweimal, zuerst mit „Nirgends Nirgends“, dann — von Mahler mit „Euer ergänzenden dichterischen Schlusswendung versehen — durch Auberthods „Auserstehungs-Symphonie“, das Wort heranzieht. Rückblickend von der gigantischen „Aften“ betrachtet, mutet das Werk heute wirklich schon hofflich an — ist es doch auch dasjenige, dem selbst herausragende Köpfe die tiefe Wirkung nie ausdrücken konnten. In Grunde steht sich auch die zweite Sinfonie des verewigten Wiener Meisters, wie die achte, neunte aber das „Nies von der Erde“ schon mit den letzten Dingen vom Dies- und Jenseits auseinander. Das titanische Ringen eines heroischen Willens im ersten Teil, nichts anderes schildert diese hehre Tonlage, die köstlich-unbeschwerter Heiterkeit des zweiten (zwischen Schubert und Mahler, zwei großen Meistern, die beide lebend) und des rührend („Schattenhaft“) dahinschwebenden Scherzos — dann das inbrünstige Sehnen der bedrängten Seele im „Nirgends“ („Ich bin von Gott...“). — Das Alles findet seine erhabene Ruhe und geht

in den großen Frieden ein, wenn, auf den gewaltigen „großen Appell“ hin, jene himmlische Verklärung über uns kommt, die von dem Chöreinsatz „Auserstehen, so auserstehen“ an zu immer mächtigerer Höhe emporstrebt und in gleicher Mächtigkeit dieses ganze wunderbare Werk krönt.

„Streben, um zu leben“ sind die letzten Worte, die Mahler selbst dem „Kloppsch-Buch“ hinzugefügt. Für den, der von je an die wunderbare Kraft der Mahlerschen Musik geglaubt, weil er ihrer teilhaftig geworden, — der jene unvergeßliche Aufführung der „G.-Roll“ im Vöslker-Minister mitmachte, die Mahler im Sommer 1903 dort leitete, — für den ist es freilich eine schmerzliche Genugtuung, dieses Aufleben eines Genies nach dem Hinsterben des Menschen zu beobachten, wie es sich jetzt in den Mahler-Aufführungen an allen Ecken und Enden findet. . . .

Kapellmeister Gortler, sein Orchester, die Sängerin des „Nirgends“, Frau. Haas-Wiesbaden, sowie der Chor — sie alle waren mit erschütternder Liebe am Werk. Sie und das reibettable Können dieser Künstler brachten eine Aufführung zustande, von der man wohl sagen kann, sie war in Mahlers Geist. Das ergriffene Publikum dankte am Schluß mit stürmischem Beifall. — Als Solistin des Abends, naturgemäß im Schatten des Ereignisses der Sinfonie lebend, hatte die Wiener Konzertsängerin Frau. Emmy Heim, in Stimme, Beherztheit und Musikalität des Vortrags sehr eminenten großen Erfolg.

Discontopolitik der Reichsbank in Schuss. Er betont ihre Notwendigkeit infolge der durch den Balkankrieg entstandene Verunsicherung. Diese Gefahr sei erst Ende Oktober beseitigt worden. Die Reichsbankpolitik verteidigt Egg. Hadenstein auch mit dem Hinweis auf den internationalen Geldmarkt, auf den sich überall eine scharfe Anspannung gezeigt habe. Diese Anspannung des Geldmarktes habe erst im Laufe des Oktobers, als die politischen Verhältnisse sich besserten, nachgelassen.

w. Berlin, 22. Jan. In der Budgetkommission des Reichstages teilte heute bei der Beratung des Etats der Reichspost und Telegraphenverwaltung der Referent mit, daß die Vorschläge zur Lösung der Beamtenbesoldungsfrage zu keinem Ergebnis geführt hätten. Die Kommission soll daher den dringenden Wunsch auf die baldige Vorlegung einer Novelle zum Beamtenbesoldungsgesetz ausdrücken. So beschloß auch die Kommission. Staatssekretär Kraetke erwiderte, er halte es ebenfalls für nützlich und notwendig, daß die Novelle bald komme. Was er dafür tun könne, werde gesehen.

□ Berlin, 22. Jan. (Von uns. Berl. Bur.) Die Wahlscheidungskommission des Reichstages erklärte heute das Mandat des Abg. Alpers (Welfe) für gültig.

□ Berlin, 22. Jan. (Von uns. Berl. Bur.) Die Ausschusskommission des Reichstages des Reichstages beschloß die im Schloße Rauhau bei Pöhlitz für den Ankauf durch den Reichstag zur Verfügung gestellten Gobelins zu beschichtigen und ihre Verwendbarkeit für den Festsaal des Präsidentenpalastes zu prüfen. Die Richten im Sitzungssaal des Reichstages sollen durch vier Statuen ausgefüllt werden, welche die Kardinaltugenden darstellen. Die Ausführung soll Professor Klimsch übertragen werden.

Die Jabern-Interpellationen.

□ Berlin, 22. Jan. (Von uns. Berl. Bur.) Der Seniorenkonvent des Reichstages trat heute vor der Plenarsitzung zusammen und beschloß zur Beantwortung der Jabern-Interpellationen die Sitzung am morgigen Freitag bereits um 12 Uhr und am Samstag um 10 Uhr vorzeitig beenden zu lassen. Gleichzeitig mit den Interpellationen wird auch der Antrag der Volkspartei auf reichsgesetzliche Regelung des militärischen Waffengebrauchs und der militärischen Polizeibefugnisse auf die Tagesordnung gestellt werden. Die Besprechung aller Fragen, die sich dann an die Jabern-Interpellation anknüpfen, soll Mittwoch fortgesetzt werden, falls man am Samstag nicht zum Abschluß gelangt.

Ferner beschloß der Seniorenkonvent, am Schluß der 2. Lesung des Etats des Reichsanzers des Innern eine Debatte über das Vereinsgesetz und seine Handhabung anzufügen. Montag und Dienstag nächster Woche bleiben sittingsfrei.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

*** Rastatt, 22. Jan.** (Br. Tel.) Vor dem Kriegsgericht der 28. Division hatte sich heute der Missetäter Dittmann aus Gerndobach von der 7. Kompanie des 111. Infanterie-Regiments zu verantworten, der am Neubrönsche in der Endwiesstraße den Missetäter Kuz aus Chemnitz (Sachsen) mit dem Dienstgewehr erschossen hatte. Dittmann hatte, wie feinerzeit gemeldet wurde, eine alte Hüfte gefunden und sie in der Meinung, daß sie leer sei, in ein altes Geschloß geladen und auf Kuz angelockt, der, in den Hals getroffen, sofort tot zusammenbrach. Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. Die Anklage hatte auf lebenslange Fängnis durch unvorsichtige Behandlung der Waffe und Ungehorsam gelautet.

*** Fulda, 22. Jan.** Der Durchschlag des Diskretentunnels im Stollen ist gestern erfolgt.

*** Berlin, 22. Jan.** (Mittwochabendblatt.) In Genehmigung ihres Abschiedsgesuches wurden zur Disposition gestellt: Generalleutnant Heiber, Inspektor der 3. Bionierinspektion zu Straßburg, und Generalmajor Jetter, Kommandeur der 3. Fußartillerie-Brigade in Mey. — Prinz Friedrich Wilhelm von Hessen, Führer im Mannesregiment Nr. 6, wurde zum Leutnant mit Patent vom 22. Juni 1910 befördert.

*** Berlin, 22. Jan.** Der Kronprinz hat sein Erscheinen auf dem Ballfest des Vereins Berliner Presse am 31. Januar zugesagt.

*** Potsdam, 22. Jan.** Heute mittag wurde Prinz Carol von Rumänien bei der 3. Kompanie des 1. Garde-Regiments als Oberleutnant eingestellt. Anwesend war auch Kronprinz Ferdinand von Rumänien.

*** Braunschweig, 22. Jan.** Der „Braunschweigischen Landeszeitung“ zufolge haben sich die Verhandlungen zwischen den Ärzten und der Allgemeinen Ortskrankenkasse erledigt. Sie wurden gestern völlig abgeschlossen. Die Krankenkassen beabsichtigen sich mit weiteren antwortlichen Ärzten zu beraten.

w. Dresden, 22. Jan. Die Erste Kammer hat den bereits von der Zweiten Kammer angenommenen nationalliberalen Antrag betreffend die Fristverlängerung zur Vermögenserklärung für den Wehrbeitrag angenommen. Finanzminister von Seydewitz erklärte abermals, im Bundesrat für die allgemeine Fristverlängerung nicht eintreten zu können.

□ Paris, 22. Jan. (V. uns. Pariser Bur.) Die Regierung des Generals Cuerta hat die Neubauten des Hafens bei Veracruz einem französischen Syndikat übertragen. Die Kosten belaufen sich auf 1/4 Milliarde Franken.

□ Paris, 22. Jan. (V. uns. Pariser Bur.) Wie aus Toledo gemeldet wird, ist infolge eines Bergsturzes der Schnellzug nach Andalusien entgleist. Sieben Reisende sind getötet und eine große Anzahl verwundet.

□ Paris, 22. Jan. (V. uns. Pariser Bur.) Aus Madrid wird gemeldet: Die Abgeordneten der streikenden Bergleute aus dem Rio Tinto-Gebiet, die nach Madrid gekommen waren, um mit dem Ministerpräsidenten Dato sowie mit den Verwaltungsräten der Bergwerke zu verhandeln, haben Madrid wieder unverrichteter Sache verlassen, weil die Letzteren jede Antwort auf die Forderungen der Arbeiter verweigert haben.

□ Paris, 22. Jan. (V. uns. Pariser Bur.) Die Kammer hat heute morgen mit der Debatte über die Gesetzesvorlage bezüglich der Befreiung der von den Gemeinden beim Chausseebau zu leistenden Mitarbeit begonnen.

□ Paris, 22. Jan. (V. uns. Pariser Bur.) Das Datum für die Wahlen zur Kammer ist offiziell noch nicht festgestellt. Es wird aber mit Bestimmtheit angenommen, daß sie in der Zeit vom 3. bis 17. Mai stattfinden.

Oberpräsident von Conrad f.

□ Berlin, 22. Jan. (Von uns. Berl. Bur.) Heute mittag starb nach langem Krankenlager der Oberpräsident der Provinz Brandenburg v. Conrad. Das Hinscheiden dieses verdienten Verwaltungsbeamten begegnet hier einem starken Interesse aus insofern, als der jetzige Polizeipräsident von Berlin, Dr. Jagow, als Nachfolger Conrads gilt.

□ Berlin, 22. Jan. (Von uns. Berl. Bur.) Der Oberpräsident der Provinz Brandenburg, v. Conrad, der heute morgen im Alter von 62 Jahren an der Riviera gestorben ist, war von 1884 ab Landrat, 1893 wurde er vortragender Rat im Landwirtschaftsministerium, 1899 Regierungspräsident in Bromberg, 1900 Chef der Reichskasse, 1904 Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium. Am 15. Februar 1910 wurde v. Conrad als Nachfolger des Herrn von Loebell zum Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg ernannt. Von 1887 bis 1899 war v. Conrad konservativer Landtagsabgeordneter.

Massenstreik in Rußland.

*** Petersburg, 22. Jan.** Anlässlich des Jahrestages der Demonstrationen von 1905 ist heute morgen in allen Fabrikvierteln der Residenz der Massenstreik ausgebrochen. Auch in Riga sind die Arbeiter vieler Fabriken deshalb ausfällig.

Die nationalliberale Fraktion und die Münchener Gesandtschaft.

— Mannheim, 22. Jan. Der Karlsruher Volksfreund richtet schwere Angriffe gegen die nationalliberale Landtagsfraktion wegen ihrer Zustimmung zu den Anforderungen der Regierung für die Münchener Gesandtschaft in der Budgetkommission, spricht über Verrat an den Steuerinteressen des badischen Volkes und an dem Ansehen des Landtags. Er fragt dann, welche sachlich begründeten Vorzüge die Nationalliberalen für ihren „Umfall“ angeben könnten. Es ist nun in Aussicht gestellt worden, daß der Führer der nationalliberalen Fraktion die Beweggründe für die Abstimmung im Plenum ausführlich darlegen werde. Da nun aber die sozialdemokratische Presse diese Abstimmung agitatorisch ausbeutet und die nationalliberale Partei im Volke zu diskreditieren sucht, möchten wir doch ein längeres Zutreten nicht für empfehlenswert halten, mit dem wir nur der Sozialdemokratie das Feld überlassen würden. Es würde nämlich sein, wenn die Parteikorrespondenz in knapper Form wenigstens die Gründe darlegte, die für die Fraktion bei der Abstimmung maßgebend gewesen sind, sowohl zwecks Abwehr sozialdemokratischer Angriffe wie zwecks Unterrichtung der eigenen Partei.

Die künftigen Handelsverträge.

*** Wien, 22. Jan.** In den Erklärungen des Staatssekretärs Dr. Delbrück im Deutschen Reichstage schreibt das „Wiener Fremdenblatt“: Die Rede des Staatssekretärs muß als erste offizielle Äußerung über die Erneuerung des Systems der mittel-europäischen Handelsverträge und als überaus bemerkenswertes Signal zur öffentlichen Erörterung über die künftigen Handelsverträge bezeichnet werden. Die Äußerung Delbrücks, die im Namen eines so machtvollen wirtschaftlichen Faktors, wie es das deutsche Wirtschaftsgebiet darstellt, getan hat, wird unter allen Umständen stets als eine höchst wichtige Kundgebung für die Stabilisierung der handelspolitischen Beziehungen Geltung haben. Es wird die Sache der Korporationen der Monarchie sein, in dieser Kundgebung der deutschen Reichs-

regierung Stellung zu nehmen. Es wird ihre Aufgabe sein, im einzelnen zu prüfen, ob es sich mit den Interessen unserer Volkswirtschaft vereinbaren läßt, daß sie auf die Wünsche der deutschen Reichsregierung eingehe, und da noch zwei Jahre bis zur Kündigung der Handelsverträge Zeit ist, ist noch genügend Spielraum für die höchstwichtige Prüfung der gegebenen Verhältnisse vorhanden. Die deutsche Reichsregierung scheint vorziehen zu wollen, möglichst eine bloße Verlängerung ihrer Handelsverträge zu erzielen. So ist selbstverständlich, daß eine einfache Verlängerung andenkbar ist und daß selbstverständlich gewisse Revisionen durch Erziehungsträge beschlossen werden müssen.

Die Entwicklung auf dem Balkan.

w. Rom, 22. Jan. Die „Aenzia Stefani“ erklärt, die Zeitung „Paris“ und andere Blätter veröffentlichen solche Nachrichten über die Ergebnisse der Besprechungen des griechischen Ministerpräsidenten Venizelos in Rom. Es ist überflüssig, zu wiederholen, daß der Inhalt dieser Unterredungen streng geheimgehalten wird.

Die Abreise des Prinzen Wied nach Albanien.

□ Berlin, 22. Jan. (Von uns. Berl. Bur.) Der Prinz von Wied wird am 28. Januar von Potsdam nach Triest abreisen, um sich von dort auf dem Seewege voraussichtlich an Bord eines deutschen Kriegsschiffes nach Durazzo zu begeben.

Von Tag zu Tag.

— Opfer eines Bankstraß. § Stuttgart, 22. Jan. Der Wirt der besonders beim Fremdenpublikum wohlrenommierten bayerischen Bierhalle in Lugano, ein Birmenberger namens Georg Kellingner, hat sich wegen der großen Verluste, die er bei dem Teufner Bankstraß erlitten, das Leben genommen.

— Sturmflut. § Stuttgart, 21. Jan. Wie der Staatsanzeiger schreibt, ist der Schaden, den die Sturmflut gegen Ende des vorigen Monats in den Wäldungen angerichtet hat, nicht so bedeutend, als anfänglich angenommen worden ist. Nach den Berichten der Forstämter beträgt der Sturmholzfäll nach vorläufiger Schätzung in den Staatsforsten im ganzen nur etwa 50 000 Festmeter. Am meisten betroffen ist der Schwarzwald mit 10% der Jahresernte; am geringsten ist der Anfall in Oberschwaben, wo er nur 1 Prozent beträgt. Der Holzmarkt dürfte durch die Sturmholzfälle bei deren geringer Ausdehnung nicht beeinträchtigt werden.

— Zur Venediktatropie auf dem Halter Anger. Stuttgart, 21. Jan. Sobald durch den Telegraphen die erste Kunde von dem elementaren Ereignis, dem das Halter Anger-Haus zum Opfer gefallen ist, nach Stuttgart gelangt war, versuchte die Sektion Schwaben, möglichst bald genauere und zuverlässige Berichte über den Totbestand zu erlangen, um weitere geeignete Schritte tun zu können. Von dem Oberbürger Schöll, der die Aufgabe hatte, von der Kassenkassa aus während der Wintermonate jeweils nach dem Haus zu sehen, ist der erste Bericht eingelaufen, der die Vermutung des Hüttenmeisters, Prof. Grenz, bestätigt, daß es sich bei dem Verdrängungsum den Abgang einer durch ungewöhnlich ergiebige Schneefälle verursachten Staub-Lawine handelte. Abgesehen von einzelnen losen Holzstücken fand Schöll das Haus unter dem Vordach teilweise begraben, teils mit dem benachbarten Dachstuhl weggeführt. Durch eine Öffnung auf der Rückseite des Hauses konnte er in den noch vorhandenen Keller eindringen; die Grundmauern scheinen noch zu stehen, das Erdgeschloß ist von oben eingedrückt.

— Feuer in der Maschinenfabrik Vorka. w. Zeitz, 22. Jan. (Br. Tel.) Heute Nacht 2 Uhr brach in der mechanischen Werkstätte der Maschinenfabrik Vorka Feuer aus, das morgens um 5 Uhr lokalisiert und kurz darauf ganz gelöscht wurde. Außer einem Teil des Gebäudes wurden mehrere Maschinen von dem Brande befallen. Der Schaden beträgt ungefähr 80-100 000 M. Die Ursache des Brandes ist noch nicht festgestellt. An den Vorkaarbeiten beteiligten sich außer der Fabrikverwaltung die Feuerwehrt von Zeitz, Reichenbach und Weiskau.

Die Heimkehr des Detachments. w. Hamburg, 22. Jan. (Br. Tel.) Mit dem Detachment „Venuskranz“ traf der frühere Generaldirektor Lindner der Handels- und Industriebank in Berlin ein, der im August 1898 nach Veranstaltung von 300 000 M. nach Amerika übertrat. Er wird nächstens nach Berlin weitertransportiert werden.

Mannheimer Schwurgericht.

Eine abgebrochene Schwurgerichtsverhandlung. Vor dem Schwurgericht begann heute vor-mittag als letzter Fall die Verhandlung gegen den am 1. Juli 1891 in Mannheim geborenen Dekorateur Friedrich Fertig wegen Diebstahls und räuberischer Erpressung und den am 8. Januar 1894 geborenen Handlungsgehilfen Georg Reuther von hier wegen Weibliche. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Dr. Weipert; die Anklage ist vertreten durch Staatsanwalt Becker. Als Verteidiger sind bestellt für Fertig: H. A. Dr. Bimbsheimer, für Reuther: H. A. Dr. Oskar Mayer. Fertig, ein schwächliches Büßchen mit einem zarten, marzipanhaften Mädchengesichtchen und vor die Ohren gefallenen Haarsträhnen, die ihm ein slavisches Aussehen verleihen, fuhr am 27. September v. J. mit einem Automobil vor dem Hause C 4, 8 vor, trat in das im Erdgeschloß dieses Hauses gelegene Bureau des Kaufmanns Salu Strauß, den er allein antraf, und rief: „Mien, indem er ihm einen Revolver vorgeschoben hielt, zu: Ich bin in einer Postlage, wenn Sie mir nicht sofort 100 Mark geben, schieße ich Sie tot.“ Strauß verlegte jedoch dem Eindringling einen Stroh gegen das Kinn, packte ihn an den Handgelenken und rang ihn zu Boden, wobei Fertig noch ein offenes Messer entließ. Auf die Hilferufe Strauß' eilte der Chauffeur herbei und mit seiner Hilfe konnte der Räuber dann festgehalten werden, bis Polizei erschien und ihn verhaftete. Den zur Tat gebrauchten Revolver

hatte er am Morgen des gleichen Tages in dem Laden der Engelwerke in P 5, während er den Verkäufer aus Schaufenster geschickt hatte, um eine Waffe herinzubolen, gestohlen. Reuther ist mitangeklagt, weil er Fertig den Blum, bei dem er früher im Geschäft war, als geeignetes Objekt zum Ausplündern empfohlen habe; denn Strauß sei ein alter Mann und oft auf seinem Bureau allein. Nach Feststellung der Personafolien und der Vorstrafen, wobei sich ergibt, daß beide Angeklagte schon vorbestraft sind, wird der Eröffnungsbeschluß verlesen. Alsdann geht der Vorsitzende zur Einnahme der Angeklagten über.

Nach kurzer Verhandlung, bei der der Angeklagte Fertig allerhand konfus Zeug vorbringt, äußert sich auf Antrag der Bezirksarzt Dr. Ritsch über die Frage der Zweckmäßigkeit, den Angeklagten Fertig in einer Irrenanstalt zu beobachten. Der Arzt spricht sich in diesem Sinne aus, worauf die Verhandlung abgebrochen und der Angeklagte Fertig der psychiatrischen Klinik der Universität Heidelberg auf 6 Wochen zur Beobachtung seines Geisteszustandes überwiesen wird. Der Haftbefehl gegen den Angeklagten Reuther wird auf Antrag seines Verteidigers aufgehoben.

Aus dem Großherzogtum.

*** Randa, 21. Jan.** Gestern früh wurde von einem Personenzug ein Viehwagen abgekoppelt. Eine halbe Stunde später traf auf demselben Gleise der Berliner Schnellzug ein. Im letzten Momente sahen zwei Arbeiter den Viehwagen auf dem Gleise stehen und es war ihnen klar, daß es, wenn nicht rasch gehandelt würde, zu einem Unglück käme. Einer der Arbeiter sprang in raschem Laufe dem Schnellzug entgegen und konnte veranlassen, daß er kurz vor dem Viehwagen zum Halten gebracht wurde.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

*** Bampfertheim, 20. Jan.** Im hiesigen Ortsgewerbeverein sprach Samstagabend Herr Rechtsanwält Kaufmann aus Biehlen über das jetzt ganz besonders in Hessen roch aktuelle Thema „Die Pflichten und Rechte der Mitglieder von Genossenschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftpflicht“. Obwohl Bampfertheim von der über den größten Teil des Hessenlandes durch den Zusammenbruch der Landw. Genossenschaftsbank hereingebrochene schweren Krise verheert geblieben ist (der hiesige Vorkauf- und Sparkassenverein gehört dem Schulgehilfenverbande an), so war das Interesse für diesen Vortrag äußerst reger und der Vortrag deshalb sehr gut. In anderthalbstündiger, von Anfang bis zu Ende seffendler Vortrag verbreitete sich der Redner über das ganze Genossenschaftswesen und das Genossenschaftsrecht und es war besonders zu begrüßen, daß er sich nicht an den an und für sich trockenen Gesetzeswort hielt, sondern in anschaulicher Weise und an Hand von praktisch gewordenen Beispielen die Wirkungen des Genossenschaftsrechtes erläuterte. Zunächst auf einige Päden im Gesetz hinweisend, als welche besonders das Fehlen einer Minimal- u. Maximalgrenze über die Geschäftsanteile bezeichnet wurde, kam der Redner auf die 3 Haftpflichtarten zu sprechen. Besonders erläuterte der Referent die Unterschiede in der Haftpflicht, die weitere Haltung nach dem Austritt aus der Genossenschaft. Ein ganz besonderes Augenmerk sei auf die An- und Abmeldungen zu verwenden; hierüber müßten die Genossenschaftsmitglieder selbst wachen, um sich vor Schaden zu bewahren. Beispiele der letzten Zeit zeigten, wie große Schäden durch von den zuständigen Genossenschaftsorganen unterlassene Abmeldungen Mitgliedern entstanden seien. Auch die Pflichten der Verbands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden von dem Referenten eingehend behandelt. Die Revisionsarbeit der Verbände werde oft auch nicht in der gewünschten Weise durchgeführt. Auf die Krise insbesondere im hiesigen Genossenschaftswesen eingehend, bezeichnet der Redner als Grundübel insbesondere die Gründungsart von oben und jobann die Leichtfertigkeit, mit der die Organe der Genossenschaften manchmal wirtschaften. Auch die Unanpassung von Genossenschaften mit unbeschr. H. in solche m. b. H. wurde besprochen; hierbei empfiehlt der Referent die größte Vorsicht walten zu lassen und sich nicht zu überstürzen. Lebhafter Beifall belohnte den Redner für seine gemeinverständlichen und lehrreichen Ausführungen. — Das Großh. Kreisamt Bensheim hat nunmehr dem Antrag der hiesigen Vadeninhaber auf Einführung des 8 Uhr-Vaden schlußes stattgegeben, und zwar für die Zeit vom 15. Oktober bis 15. April jeden Jahres, mit Ausnahme der Samstage. Die Einführung tritt sofort in Wirksamkeit.

*** Bad Dürkheim, 19. Jan.** In dem Konkursverfahren gegen den Kaufmann Franz Karl Weillauß aus Dödesheim findet in nächster Zeit Schlussverteilung statt, die sich sehr interessant gestalten dürfte. Wie man hört, sollen sowohl die berechtigten, als die nicht bevorrechtigten Forderungen voll ausbezahlt werden und für den Konkursgläubiger nach Abzug aller Kosten noch erhebliche Ueberflüsse vorhanden sein. — Gestern wurde hier 33 Jahre alte Ehefrau A. Müller aus Gretchen wegen Verdacht des Meineides verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis nach Bad Dürkheim verbracht. Den Meineid soll die Frau in der Schwurgerichtsverhandlung vom 2. Januar v. J. in einer Straffache gegen eine Frau Dilbert aus Gretchen wegen Nichterfüllung geleistet haben.

Zusuffahrt.
 Der Herr Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Herr Dr. Winterhagen, hat den Vorsitz bei der am 18. Oktober abgehaltenen Sitzung der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde. Der Vorsitzende, Herr Dr. Winterhagen, hat die Sitzung mit einer Begrüßung eröffnet, in der er die Wichtigkeit der Zusammenkunft für die Städte und Gemeinden der Provinz Preußen hervorgehoben hat. Er hat auch die Aufgabe der Reichsversammlung, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, besprochen. Die Sitzung wurde am 19. Oktober mit dem Schlußwort des Vorsitzenden, Herr Dr. Winterhagen, beendet.

Das Einjährige für Nationalflugschüler.
 Das Kuratorium der Nationalflugschule teilt mit, daß die Prüfung für den Einjährigen-Freiwililigen-Dienst, die sich auf dem Gebiet des Flugwesens befindet, am 1. Februar 1924 abgehalten wird. Die Prüfung wird in der Reichshauptstadt am 1. Februar 1924 abgehalten. Die Prüfung wird in der Reichshauptstadt am 1. Februar 1924 abgehalten. Die Prüfung wird in der Reichshauptstadt am 1. Februar 1924 abgehalten.

Automobilverkehr.
 Der Reichsausschuß für den Automobilverkehr hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen. Der Reichsausschuß hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen.

Der Motor-Yacht-Klub von Venedig.
 Der Motor-Yacht-Klub von Venedig hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen. Der Motor-Yacht-Klub von Venedig hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen.

Der Berliner Damen-Tennis-Verband.
 Der Berliner Damen-Tennis-Verband hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen. Der Berliner Damen-Tennis-Verband hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen.

Die ordentliche Hauptversammlung des Berliner Regattaverbands.
 Die ordentliche Hauptversammlung des Berliner Regattaverbands hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen. Die ordentliche Hauptversammlung des Berliner Regattaverbands hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen.

Der Berliner Damen-Tennis-Verband.
 Der Berliner Damen-Tennis-Verband hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen. Der Berliner Damen-Tennis-Verband hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen.

Der Berliner Damen-Tennis-Verband.
 Der Berliner Damen-Tennis-Verband hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen. Der Berliner Damen-Tennis-Verband hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen.

Der Berliner Damen-Tennis-Verband.
 Der Berliner Damen-Tennis-Verband hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen. Der Berliner Damen-Tennis-Verband hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen.

Die Reichshauptstadt.
 Die Reichshauptstadt hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen. Die Reichshauptstadt hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen.

Die Reichshauptstadt.
 Die Reichshauptstadt hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen. Die Reichshauptstadt hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen.

Die Reichshauptstadt.
 Die Reichshauptstadt hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen. Die Reichshauptstadt hat die Beschlüsse der Reichsversammlung der Städte und Gemeinden der Provinz Preußen, die in der Reichshauptstadt am 18. Oktober abgehalten wurde, angenommen.

Die Entführung.
 Sumorelle von Wallie Kennedy.
 Besondere Heberzeugung von J. Heim.
 „Ich verabsichere Landpartien.“ Brumme Herr Berridge. „Ohrläuter im See, Grillen im Wein.“
 „Der Onkel.“ hat seine Nichte Rana lobend.
 „Franz Berridge will sich von Dir auf dem See rudern lassen.“ Die Dame, eine nicht mehr junge Witwe, machte erfolgreiche Jagd auf den wohlhabenden älteren Herrn.
 „Sie ist eine unerschöpfliche Person. Ich würde nicht mit ihr auf dem See verum.“ Da konnte ich obersorglich mit —“, er verfluchte.
 „Fräulein Flynn.“ half Rana spöttisch an.
 „Fräulein Flynn war eine Dame von ungewöhnlichem Alter, die sich seit Jahren mit Franz Berridge um die Wette um Herrn Berridge bemühte.
 „Was sagst Du? Weht Fräulein Flynn auch mit?“
 Seine Nichte nickte.
 „Dann bleibe ich zu Haus.“
 „Wir bewundern doch immer Deinen feinen Takt, Onkelchen; wie lang verheißt Du's nun schon, die Absichten der beiden zu vereiteln.“ schmeichelte Rana.
 Am bestimmten Tag erschien Rana's Bräutigam, Herr Stewart, mit seinem neuen Auto, um die ganze Gesellschaft abzuholen. Herr Berridge, der selbst ein leidenschaftlicher Automobilist war, verließ sich darauf in die Vorzüge der Maschine, daß ihn selbst Fräulein Flynn's Angewandtheit über die Fahrgeschwindigkeit nicht belästigen. Nach dem Frühstück im Freien regte Franz Berridge, der plötzlich eine unwillkürliche Lust an Autosfahrten verspürte, einen weiteren Ausflug an, um den nahen See und eine unterirdische Höhle zu besuchen. Da Herr Berridge selbst den Wagen steuern durfte, hatte er kein Wort des Widerwands gegen die satten Aufmerksamkeiten seiner Partnerin, doch, am Ziel angekommen, verurteilte er seine Knöchelgelenke. Die fernwärtige Witwe verfolgte ihn am Schritt und Tritt.
 „Wenn eine Frau über —“, er flüsterte, „wäre sie das Beste, was einem Mann begegnen kann.“
 „Ich glaube, ein Mann —“, er flüsterte, „wäre in diesem Alter besser. Wie denkst Du darüber, Herr Berridge?“

„Weber Berridge noch Franz Berridge waren unter fünfundsiebzig.“
 „Ich bin müde.“ sagte sie leicht schmelzend.
 „Wollen Sie mich denn in diesem süßen kleinen Boot über den See rudern? Die andere scheint alle in der Höhle zu sein. Oder wollen wir auch hinunter?“
 „Nicht um alles in der Welt.“ dachte Herr Berridge schauernd. „Dann erwiderte er: „Ich meine, wir sind beide zu alt, um in diesem Höhlen mit schlagfrischem Boden herumzutropfen. Das ist zu gefährlich für eine Dame.“
 „Mit Ihnen würde ich mich nicht ängstigen.“ war die laute Antwort, aber Berridge schien taub geworden.
 „Wollen wir denn nicht an den See? Mein Koffer ist noch im Auto, ich will ihn mit holen.“
 „Ich habe ihn.“ rief Berridge ercent. „Wollen Sie nur ruhig hier, bitte. Nein, ich lasse ihn. Es ist das hübsche, belichtete Ding, nicht wahr?“
 Franz Berridge kratzte.
 „Oh, Sie lieber Mensch! Sie wissen sogar, was ich ansehe.“
 Herr Berridge eilte fort. Sein Plan war mit dem Auto rasch zu der übrigen Gesellschaft an den Fischhäufigenplatz zurückzuführen und damit den Geschäftswagen an den See zum Abholen zu schicken. Während er den Wagen einer weiblichen Stimme — einer Stimme, die ihn an Fräulein Flynn gemahnte. Er hatte sie einmal gehört, als eine Maus in der Straße war, und dieses Begegnis nie wieder vergessen.
 Niemand war zu sehen als eine große, weiße Kuh mit leuchtenden braunen Augen. Als er das Auto in Gang brachte, hörte er nochmals einen halberstickten Schrei. Die Fahrt war so prachtvoll, daß Berridge noch weiter fuhr. Nahe bei einem Steilhang traf er auf zwei Bekannte.
 „James, nicht wahr. Nein, es gehört Bob Stewart, aber ich will mir den gleichen zulegen. Steigt ein, ich habe Euch in der Stadt ab. Sey Dich hierher zu mir, und Du, Rendow, sey Dich in die Türe, drinnen sitzen alle Eige voll Damenmäntel; wenn die durcheinandergeworfen werden, dann gnade mir Gott.“
 Doch trotz dieser Warnung ging Fred Rendow um das Auto herum und warf die Tennisschläger hinein; zugleich öffnete er den Bagageladung.
 Doch groß war sein Erstaunen, als jemand, unter dem Mantel verborgen, ihn am Arm

heigen hinderte, und trotz aller Bemühungen hehrerisch, unter die Mäntel zu blicken, mußte er von seinem Vorhaben ablassen.
 „Was, zum Teufel, Berridge, steht hier denn?“ Entführen Sie jemand? Haben Sie doch bald niemanden hier herbeilassen wollen?“
 Berridge fuhr herum.
 „Was soll das?“ rief er, „was willst Du? Jemand im Wagen? Ich weiß, doch niemand drinnen.“
 Der andere lachte.
 „Da ist ein schamlos. Herr, Grogg, komm mal und schau, was er da hat!“
 „Nein, nein, nein.“ sagte eine weibliche Stimme. „Um Himmels willen, Herr Berridge, Sie dürfen mich nicht sehen.“
 Berridge erschauerte schauderte, dann ließ er unterdrückte Hände aus, während seine beiden Freunde lachten und Worte des Unerschrockenheit tauschten.
 „Was ist das für eine Stimme?“
 „Der hat die?“ schrie Berridge, „was um Sie hier?“
 „Schäme dich nicht.“ rief die Stimme.
 „Sprecht nichts darüber“, wendete er sich an die beiden Freunde. „Ich weiß, daß ich so wenig von der Sache weiß wie ihr. Geht jetzt und bringt mich herüber, ich erlaube Euch morgen alles im Auge.“
 „Gut, dann erwiderte sie sich.
 „Ich bitte“, sagte Berridge dann zu dem dunklen Mann. „Ich weiß nicht, wer Sie sind, bitte um Erklärung.“
 „Wieder ein Schlingensiefel.“ Berridge legte Hand an die Wange.
 „Oh, bitte, nicht nicht!“ freilachte die weibliche Stimme, von der Berridge jetzt bestimmt wußte, daß sie Fräulein Flynn gehörte.
 „Dann bleiben Sie drin!“ gab er groß zur Antwort, „ich fahre zum See zurück.“ Es galt, die verlorene Zeit wieder einzubringen. Welche Vermutungen an ihre beiderseitige Stundenlange Abwesenheit geknüpft wurden, wagte er gar nicht anzudeuten. Nun versagte auch noch plötzlich das Auto! Berridge lenkte in einem Seitenweg ein. Als er abstieg, sah Fräulein Flynn auf dem Rücksitz.
 „Warum kamen Sie? Und wie? Und warum?“
 „Die böse, weiße Kuh“, flammte Fräulein Flynn, „und ich wünschte, mit Ihnen allein

fahren zu können, und — nun werden alle sagen, ich sei Ihnen nachgelaufen.“
 Berridge lachte raus auf. „Seiner Meinung nach hätte sie in den letzten Jahren überhaupt nichts anderes getan, doch der Anblick ihres verweinten Gesichtes stimmte ihn milder.
 „Weinen Sie doch nicht so.“
 „Ich — ich habe mein — mein Taschentuch verloren.“
 Berridge sah sich ängstlich um. Es war niemand in der Nähe. Er zog sein eigenes Taschentuch heraus und wuschte ihr die Augen die Tränen vom Gesicht. Als er ihr Taschentuch gewahrt, brachte er sich rasch unter dem Auto in Sicherheit.
 „Oh, Sie lieber, tapferer Mann, wie Sie alles wissen —“
 Endlich war der Schaden behoben. Fräulein Flynn sprach noch den Wunsch aus, auf dem Vordersteil neben dem Lenker zu sitzen. Da Berridge eine Wiederholung der Taschentuchgeschichte fürchtete, gab er schweren Herzens nach.
 Der Weg war nicht lang. In der Nähe der Stadt fanden ein paar Bohnen zusammen und geboten dem Auto Halt.
 „Sie sind verheiratet, Herr Robert Stewart ist der Eigentümer des Autos; er hat telefonisch Antrag gegeben, nach dem verschwundenen Auto zu fahren.“
 Jeder Widerspruch war vergebens. Berridge mußte mit Fräulein Flynn auf die Polizeistation. In seinem Erstaunen hielt sie sich gerade aufgerichtet und war nicht weniger als niedergelassen.
 „Ich bin untröstlich, Fräulein Flynn“, sagte er freundlich.
 „Ich nicht“, erwiderte sie sanft. Berridge sah plötzlich klar. Er hatte Fräulein Flynn ins Versteck gebracht und konnte dies nur auf eine Art gutmachen.
 „Bemühen Sie sich nicht, Herr Berridge“, fuhr sie kräftig fort, „wenn Stewart auch erst des Nachts hier sein kann, mit Ihnen zusammen kann ich alles ertragen. Wir sind Leidensgefährten.“
 Sie warf ihm einen strahlenden Blick zu. Berridge war gerührt. Rasch griff er nach ihrer Hand und gab ihr einen warmen Druck.
 „Ich hoffe, wir bleiben Gefährten, Räte.“
 Fräulein Flynn blühte schon auf, ihre Augen glänzten vor Glück.

Handels- und Industrie-Zeitung

Die Bekämpfung der Hypothekennot.

Am 15. Januar haben wir an leitender Stelle die Eingabe des Reichsbundes baugewerblicher Arbeitgeberverbände an das Reichsjustizamt veröffentlicht, weil darin mit Recht der mangelnde Schutz des Hypothekengläubigers als ein Grund für die Kreditnot des Baugewerbes hingestellt wird. Daß freilich mit einem gesetzlichen Schutz des Hypothekengläubigers längst nicht alle Schäden beseitigt sind, die zur Krisis im Baugewerbe geführt haben, liegt eigentlich auf der Hand. Der Ursachen sind gar viele und nicht zuletzt das falsche Taxwesen, auf dessen Gefahren neulich der Geh. Admiralitätsrat Dr. W. Schrammer aufmerksam macht. Wie veräußert, sollen in Preußen amtliche Taxstellen errichtet werden, die namentlich über den Wert der unbauten Grundstücke rechtsverbindliche Ansätze an berechnete Personen erteilen werden. Es ist Aufgabe der Presse, diese Fragen möglichst alleseitig zu beleuchten, und wir geben darum gern der nachstehenden Notiz Raum:

„VW. Verschiedene Vorgänge auf dem Gebiete des Realcredits lassen immer wieder die Aufmerksamkeit weiter Kreise für das Hypothekwesen wach werden. Die Kreditnot des Grundbesitzers fordert eine Änderung verschiedener Gesetzesbestimmungen. Diese Änderungen sollen, wie man hört, im Reichsjustizamt bereits vorbereitet werden. Mißbräuchliche Verfügungen über Mietzinsforderungen haben in den letzten Jahren erheblich zugenommen. In Groß-Berlin wird kaum noch die Zwangsverwaltung eines Mietsgrundstücks angeordnet, der nicht rechtsgeschäftliche Verfügungen des Schuldners oder im Wege der Zwangsvollstreckung erwirkte Verfügungen über Miets vorangegangen sind. Mit diesen Verhältnissen beschäftigt sich Justizrat Dr. Ernst Heinitz in Heft 1 Jahrgang 1914 der Deutschen Juristenzeitung. Er stellt fest, daß es sicherlich zur Hebung des Realcredits beitragen würde, wenn den Hypothekengläubigern durchgreifender Schutz gegen die Abtretung von Hypothekenzinsforderungen und gegen die Vorausverfügungen über Mietzinsforderungen gewährt werden würde. Die Ursache der gegenwärtigen Hypothekennot würde hierdurch freilich ebenso wenig beseitigt werden, wie durch die von den Grundbesitzern angestrebte Änderung der Steuer-gesetze. Die Ausführungen sagen dann weiter:

Mit der Kreditnot des Grundbesitzers steht eine steuerliche Belastung nur in unmittelbarem Zusammenhang. Wohl hemmt sie den Grundstücks-umsatz und wirkt lähmend auf die Bautätigkeit. Die Beschaffung von Hypotheken aber wird durch die Steuergesetzgebung nur insofern beeinträchtigt, als durch hohe steuerliche Lasten die Verkaufswerte der Grundstücke sinken und somit auch die Beleihungsgrenzen herabgesetzt werden. Der für den Realcredit des Grundbesitzers an erster Stelle maßgebende Faktor ist die Lage des Geldmarktes, und solange die Hypothekenbanken sich in einem Zustande der „stillen Liquidation“ befinden, nämlich ihre Pfandbriefe nicht absetzen können, sondern zurückverkauft müssen, wobei ihnen vermöge des niedrigen Kursstandes ein erheblicher Gewinn zufließt, wird die bereits seit längerer Zeit bestehende Krisis nicht aufhören. Leider fehlt es im Deutschen Reich für den städtischen Grundbesitz an einer Organisation des Realcredits, wie sie Österreich in zahlreichen sogenannten Landesbanken und Pfandbriefanstalten besitzt, und daher ist es begreiflich, daß angesichts der Notlage des Hypothekenmarktes die Haus- und Grundbesitzervereine behufs Errichtung von Pfandbriefinstituten die Hilfe der Gemeinden und der Gemeindeverbände anrufen. Sicherlich würde es zur Förderung des Realcredits dienen, wenn neben die Hypothekengläubiger und Versicherungsgesellschaften öffentlich rechtliche Körperschaften träten, obgleich zur Zeit der niedrige Kurs der Pfandbriefe auch ihre Tätigkeit beeinträchtigen müßte. Unkündbare Amortisationshypotheken, wie solche von Pfandbriefinstituten gegeben werden, sind freilich, seitdem der städtische Grundbesitz eine für den Umsatz bestimmte Handelsware geworden ist, vermöge des Tilgungszwanges, besonders in Norddeutschland, nicht sehr begehrt, und solange der Grundstückeigentümer der zweiten Hypothek nicht entzogen kann, würde es näher liegen, wenn der Tilgungszwang bei der zweiten Hypothek einsetzte; immerhin ist zu hoffen, daß bei Schaffung von Pfandbriefinstituten durch Gemeinden und Gemeindeverbände die Amortisationshypotheken, deren Unkündbarkeit ein unschätzbare Vorteil ist, an Boden gewinnen würden.

Der Schwerpunkt der Hypothekennot aber liegt in der zweiten Hypothek, nämlich in dem völligen, fluchtartigen Rückzuge des Privatkapitals von dieser Form der Geldanlage. Der Realcredit ist nicht nur erschüttert, sondern beinahe vernichtet; soweit die Beschaffung zweiter Hypotheken noch möglich ist, werden Zinsen, Provisionen und sonstige Vergütungen angeboten und gefordert, die der Grundbesitz auf die Dauer nicht ertragen kann. Der immer lauter erdröhnende Ruf nach Erschließung billiger Geldquellen für zweite Hypotheken ist, soweit er sich an das Privatkapital richtet, bisher im wesentlichen verhallt; durch Beihilfen der Stadtgemeinden oder Errichtung städtischer Hypothekenanstalten für zweite Hypotheken, die bei den erheblichen Wertschwankungen des städtischen Grundbesitzes nicht weniger als gefahrlos ist, durch Gründung von Kreditvereinen der Hausbesitzer oder von Hypothekenvermittlungsgenossenschaften, welche die Ausbietungsgarantie für die von ihnen vermittelten Hypotheken übernehmen, kann die Not nur gelindert, nicht beseitigt werden.

Hier kann, wie Justizrat Heinitz ausführt, nur dann Abhilfe geschaffen werden, wenn die Privatkapitalien aufhörten auf die Kündigung und Einziehung dieser Hypotheken bedacht zu sein, und wenn es den Grundbesitzern gelänge, das Vertrauen des Privatkapitals wieder zu gewinnen. Bisher fehlen aber noch Anzeichen, die eine Besserung verheißen. Der Verfasser gibt die Gründe

des Mißtrauens gegen die zweiten Hypotheken eingehend wieder und verweist vor allen Dingen darauf, daß das arg gefäuschte Vertrauen, das früher in die zweiten Hypotheken gesetzt worden ist, nicht zurückkehren wird, solange zumal in großen Städten die gewerbliche Tätigkeit des Bauunternehmers zum überwiegenden Teil mittellosen und unzuverlässigen Personen vorbehalten ist, solange Terrain-gesellschaften an solche Unternehmer Baustellen verkaufen usw. Die Ausführungen schließen mit folgenden Sätzen:

Vor wenigen Monaten hat auf dem 35. Verbandstage des Zentralverbandes Kiel der Deutschen Haus- und Grundbesitzervereine ein Architekt aus Kopenhagen mitgeteilt, daß in seiner Heimat eine Hypothekennot nicht bestehe, obwohl das Privatpublikum Geld in Hypotheken nicht anzulegen pflege. In Kopenhagen werden unkündbare erste Hypotheken in Höhe von 50% des Grundstückswertes von Banken und Pfandbriefinstituten, unkündbare zweite Hypotheken, die über die Wertgrenze von 65% nicht hinausgehen, von Hypothekengläubigern der Grundbesitzer gegeben; eine 65% des Wertes übersteigende Beleihung gibt es dort nicht. Sollte die Möglichkeit, daß wir uns solchen Zuständen wenigstens etwas nähern, ganz ausgeschlossen sein? Die Beseitigung der Hypothekennot würde voraussichtlich keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bieten, wenn durch wirksame Bekämpfung der im Baugewerbe und in der Terrainspekulation herrschenden Mißstände und Ausschreitungen das Kreditbedürfnis des Grundbesitzers auf ein wirtschaftlich berechtigtes Maß zurückgeführt werden könnte; solange aber bei ungünstiger Lage des Geld- und Baumarktes das Privatkapital täglich erfahren muß, daß die zweite Hypothek nicht innerhalb der bei der Beleihung vorausgesetzten Wertgrenze von 75% oder 80% liegt, sondern weit darüber hinausgeht und nicht selten an dieser Grenze erst ihren Anfang nimmt, wird das Problem der zweiten Hypothek jeder durchgreifenden Lösung spotten.“

Oeffentliche Finanzen.

Württembergisches Staatsschuldbuch.

Stuttgart, 21. Jan. In das Württembergische Staatsschuldbuch waren 61 600 300 M. eingetragen, wovon 51 824 600 M. durch Umwandlung von Briefschuld und 9 775 700 M. durch Bareinzahlung entstanden sind. Dazu kommen noch die Einzahlungen auf die Anleihen für die Landeswasserversorgung in Höhe von 1 481 800 Mark. Gelöst wurden bis jetzt 346 600 M. und dafür Staatsschuldverschreibungen ausgereicht. Als eingetragene Gläubiger erscheinen 1672 natürliche Personen mit 13 540 500 M., 27 Handelsfirmen mit 887 800 M., 6 eingetragene Genossenschaften mit 55 900 M., 388 juristische Personen mit 17 911 400 M., 349 Vermögensmassen unter öffentlicher Verwaltung mit 29 146 000 M., 8 andere Vermögensmassen mit 59 100 M., zusammen 2450 Konten mit 61 600 300 M., wozu dann noch die oben erwähnte Einzahlung für die Landeswasserversorgung kommt. Es sind dies nahezu 10 Prozent der gesamten Staatsschuld von rund 638,5 Millionen Mark. Der Rechen-schaftsbericht enthält auch den Vertrag mit den Banken über das im Juli aufgenommene württbg. Staatsanlehen von 13 Millionen Mark. Dasselbe ist zum Preise von 95 40 M. für je 100 M. übernommen worden. Weiter wird mitgeteilt, daß die Summe der für 1913 bewilligten Kredite 53 290 300 Mark beträgt, von welchen 28 607 800 M. voll-zogen sind. Sonach betragen die noch offenen Kredite für 1913 24 682 500 M. — Unter den Ein-gaben, die dem Sächsischen Ausschuss vorgelegt wurden, befindet sich auch eine solche des Württ. Aertztlichen Landesausschusses an die Stände um Gewährung von Staatsmitteln zum Ankauf von Radium für die Tübingen med. Fakultät.

Preussisch-hessische Eisenbahnen.

Bei der preussisch-hessischen Eisenbahn-Betriebsgemeinschaft betragen im Dezember 1913 die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr 53 599 000 (+ 356 000) M., aus dem Güterverkehr 130 636 000 (— 1 656 000) M. und aus sonstigen Quellen 13 308 000 (+ 1 335 000) M., zusammen 197 543 000 (+ 35 000) M., lerner seit Beginn des Rechnungsjahres die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr 565 495 000 (+ 24 398 000) M., aus dem Güterverkehr 1 264 686 000 (+ 31 036 000) M. und aus sonstigen Quellen 105 640 000 M. (+ 3 010 000 M.), zusammen 1 935 821 000 Mark (+ 58 444 000 M.).

Darlehen der Stadt Nürnberg.

Nürnberg, 21. Jan. Die Gesamtsumme der von der Stadt Nürnberg in den letzten Monaten bei verschiedenen Gesellschaften in kleinen Posten aufgenommenen Darlehen beträgt 9 Mill. M. Es wurde zehnjährige Untendbarkeit sowie 4,45 Prozent Verzinsung für 5 Mill. M. und 4,5 Prozent für die übrigen 4 Mill. M. vereinbart.

Geldmarkt, Bank- und Börsenwesen.

Diskontermässigung der Reichsbank.

Nachdem die Osterreichisch-ungarische Bank und, wie unten mitgeteilt wird, auch die Bank von England ihren Diskont um je $\frac{1}{2}$ auf 5 bzw. 4 Prozent ermäßigt hatten, hat nunmehr auch die Reichsbank ihren Satz um $\frac{1}{2}$ auf 4½ Prozent erniedrigt. Wir erhalten darüber folgende Telegramme:

Berlin, 22. Jan. In der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank besprach Exzellenz Havenstein die Zahlen des Zwischenausweises vom 19. Januar und führte sodann aus, die Ansprüche der Reichsbank seien von Dezembermitte bis Dezemberende sehr groß gewesen größer als jemals in den Vorjahren. Die Rückflüsse nach diesem Termin hätten sich aber normal gestaltet. Die Privatguthaben hätten ständig zugenommen. Die ungelückten Noten hätten ihren günstigen Stand bewahrt im Vergleich zu dem Vorjahre. Der Privatdiskont hielt sich auf drei Prozent. Auch auf dem internationalen Geldmarkt hätte die Entspannung Fortschritte gemacht. Der Stand der Devisenkurse sei nicht bedrohlich. Unter diesen Umständen hätte das

Reichsbankdirektorium keine Bedenken gehabt, den Diskont um $\frac{1}{2}$ Prozent zu ermäßigen.

Berlin, 22. Jan. Die Deutsche Reichsbank hat den Diskont von 5 auf 4½ Prozent und den Lombardzinsfuß von 6 auf 5½ Prozent herabgesetzt.

Diskontermässigung der Bank von England.

Wir haben bereits am 20. Januar mitgeteilt, daß heute eine Ermäßigung des Londoner Banksatzes auf 4 Prozent erwartet würde. Diese Erwartungen haben sich erfüllt, was durch folgendes Telegramm bestätigt wird:

w. London, 22. Jan. Die Bank von England ermäßigt den Diskont um $\frac{1}{2}$ auf 4 Prozent.

Frankfurter Effektenbörse.

Frankfurt, 22. Jan. Der Zwischenausweis der Reichsbank hatte die Gedanken an der Vor-nahme einer Diskont-Ermäßigung bestärkt; der Zentralausschuß hat denn auch beschlossen, den Diskont von 5 auf 4½ Prozent und den Lombard von 6 auf 5½ Prozent herabzusetzen. Die Reichsbank hat dabei die Entscheidung der Bank von England nicht abgewartet, die heute gleichfalls zu einer Herabsetzung ihrer Rate schreiten wird.

Bei Beginn des heutigen Geschäfts machte sich große Unternehmungslust geltend, umsonst, als auch der Newyorker Markt ein festes Aussehen zeigte und vom Eisenmarkt in Amerika eine entschiedene Besserung berichtet wurde. Die versöhnliche Haltung in der neuen Botschaft Wilsons läßt eine weitere Geschäftstätigkeit erwarten. Am Montanmarkt kamen die gestern bevorzugten Werte zu weiterem Umsatz. Besonders zu erwähnen sind Gelsenkirchener, Harpener, Phönix-Bergbau, Deutsch-Luxemburger, die stark gehandelt wurden. Von Transportwerten waren bemerkenswert Baltimore und Ohio; österreichische Bahnen waren ruhiger im Anschluß an die Pariser Verhandlungen. Schiffsahrtsaktien standen niedriger, Paketfahrt jedoch fester; Deutsch-Obersee standen bei lebhaftem Verkehr auf 172½, ebenso waren Schuckert fest. Auf dem Bank-Aktienmarkt ist eine weitere feste Haltung zu verzeichnen; Diskont-Kommandit, Darmstädter und Deutsche Bank waren höher. 3½—3proz. Reichsanleihen wurden höher bezahlt; Mexikaner waren fest.

Am Kassamarkt für Dividendenwerte war die Haltung fest. Im Anschluß an erneute Rückgänge in Schiffsahrtsaktien war der Verkehr später ruhiger. Privatdiskont $\frac{3}{16}$ Prozent.

Das Geschäft wickelte sich in einzelnen Werten ab. Von chemischen Aktien sind Scheideanstalt 2 Proz. höher bezahlt. Maschinenfabriken behauptet. Die Herabsetzung der Bankrate von 4½ auf 4 Proz. ging einflußlos vorüber. Junge Paketfahrt erstmals 126 G. notiert.

Der Schluß der Börse war gut behauptet. Es notierten: Kredit 203½, Diskont-Kommandit 191½, Dresdner 154½, Staatsbahn 154½, Lombarden 22½, Baltimore und Ohio $\frac{3}{16}$ Prozent.

Berliner Effektenbörse.

Berlin, 22. Jan. Die der Börse seit einigen Tagen ungewohnte Festigkeit erhielt sich auch heute, zumal die inzwischen zur Tatsache gewordene Herabsetzung des deutschen Reichsbankdiskonts um $\frac{1}{2}$ Prozent, wodurch von Neuem die herrschende Geldflüssigkeit illustriert wird, eine gute Anregung bot. Auch der stramme Schluß Newyorks sowie die weitere Steigerung der 3-prozentigen Reichsanleihen auf 76,75 gab der Festigkeit einen wesentlichen Rückhalt. Trotz alledem hob sich das Kursniveau im Allgemeinen nur wenig, da man sich hinsichtlich der politischen Lage auf dem Balkan nach wie vor nicht von Besorgnissen frei machen kann und der starke Rückgang der Schiffsahrtsaktien dem Befähigungsdrang der Spekulation einen Dämpfer aufsetzte.

Die Beschlüsse der gestrigen Pariser Schiffsahrtskonferenz, wonach die Ansprüche der Hapag für unbegründet angesehen worden sind, und die erfolglos verlaufen ist, lassen mit Bestimmtheit eine Verschärfung des Ratenkampfes erwarten. Die Spekulation schritt darauf zu größeren Abgängen auf diesem Marktgebiete. Am meisten gaben Hapag und Norddeutscher Lloyd nach, erstere um 1½ Prozent und letztere um 1½ Prozent. Die Kursgestaltung in Montanwerten wurden durch Meldungen über Preisunterbietungen am Röhrenmarkt beeinträchtigt. Großes Interesse zeigte sich hier im Verlaufe wieder für Bochumer und Harpener, die beträchtlich höher notiert wurden, lerner Kaitowitz, da der nach Zeitungsmeldungen zu Anfang des laufenden Geschäftsjahres durch den ober-schlesischen Kohlenarbeiterstreik hervorgerufene nicht unbedeutende Gewinnaufschlag inzwischen wieder eingeholt worden ist.

Dagegen setzten Hohenlohe ihren Rückgang weiter fort und verloren im Verlauf ca. 2 Prozent. Ferner erlitten Consolidation stärkere Einbußen. Von Elektrizitätswerten wurden wieder Deutsch-Obersee bei lebhaftem Umsätzen in beträchtlichen Posten aus dem Markt genommen. Am Markt der amerikanischen Werte stellten sich Baltimore im Anschluß an Newyork wesentlich höher. Canada blieben unter Schwankungen ziemlich behauptet. Von Banken ertrugen sich Diskont-Kommanditanteile eines regeren Interesses.

Im späteren Verlaufe unterlagen die Kurse mehrfachen Schwankungen. Der feste Ton blieb aber bestehen. Schiffsahrtsaktien vermochten sich etwas zu erholen. Tägliches Geld $\frac{1}{2}$ Prozent. Ultimogeld 4 Prozent. Man erwartet teilweise eine Verbilligung dieses Satzes. Bei der Seehandlung war Ultimogeld zu 3½ Prozent zu haben, sie gibt Geld bis 26. März zu 3½ Prozent und kauft Märzdiskont zu 3 Prozent. Die Herabsetzung der englischen Bankrate auf 4 Prozent hat zur weiteren Besserung der Stimmung beigetragen.

In der zweiten Börsenstunde bröckelten die Kurse teilweise etwas ab infolge des anhaltenden Rückganges von Hohenlohe-Aktien. Bei Schluß des offiziellen Verkehrs strebten die Kurse aber erneut nach oben, wobei Hohenlohe, Consolidation, Phönix und Hansa sich stark befestigen konnten.

Privatdiskont: 2½ Prozent.

Emissionen, Gründungen und Kapitalserhöhungen.

Plauener Kunstseidenfabrik A.-G., Plauen (Vgl.)

Die außerordentliche Hauptversammlung der Plauener Kunstseidenfabrik A.-G. genehmigte die Aufnahme eines Darlehens von Mark 250 000 zwecks Errichtung einer Feinzwirnerlei. Die Verwaltung teilte mit, daß ihr Fabrikat bei der Kundschaft sehr anspreche und nach der durchgeführten Betriebsvergrößerung ein gutes und lohnendes Geschäft in Aussicht stehe.

Handel und Industrie.

Deutschlands Aussehenhandel im Jahre 1913

Wir haben gestern abend bereits kurz die Gesamtziffern 1913 für die Ein- und Ausfuhr des Deutschen Reichs im Spezialhandel mitgeteilt. In dieser Allgemeinheit geben sie freilich nur ein unvollkommenes Bild. Es ist zunächst allgemein üblich, den Edelmetallverkehr (Gold und Silber) vom reinen Warenverkehr auszuscheiden. Die Einfuhr von Gold betrug 377,2 (281,7) Mill. Mark, die Einfuhr von Silber 54,2 (44,0) Mill. Mark. Die entsprechende Ausfuhr stellte sich auf 61,0 (108,5) Mill. Mk. Gold und 40,3 (34,2) Mill. Mk. Silber. Das Deutsche Reich hat also im verflossenen Jahre aus dem Edelmetallverkehr 330,1 (183,0) Mill. Mk. gewonnen, darunter 316,2 (173,2) Mill. Mk. Gold. Diese Zahlen erläutern in vortrefflicher Weise die allgemein beobachtete Kräftigung des Standes der Reichsbank und zeigen gleichzeitig, daß sich diese Kräftigung keineswegs nur auf Kosten der im Inlande umlaufenden Goldmenge vollzogen hat. Der reine Warenverkehr hat im Jahre 1913 einen Einfuhrwert von 10 695,4 (10 691,4) und einen Ausfuhrwert von 10 080,6 (8956,8) Mill. Mk. erreicht. Die Einfuhr hat also gegen das Vorjahr um 4,0, die Ausfuhr dagegen um 1123,8 Mill. Mark zugenommen. Diese Zahlen verdienen um so größere Beachtung, als sie die Ergebnisse des Jahres 1912 geradezu umkehren. Als damals das Fazit gegen 1911 gezogen wurde, überwog die Zunahme der Einfuhr (+985,7 Mill. M.) obgleich auch die Ausfuhr eine beträchtliche Vermehrung erfahren hatte (+850,7 Mill. M.). Diese großen Umwälzungen im Außenhandel des Deutschen Reiches verdienen genauer untersucht zu werden. Wir wollen darauf noch zurückkommen.

Erste deutsche Kartoffelgroßhändler-Tagung.

Düsseldorf, 21. Jan. Der Deutsche Kartoffelgroßhändler-Verband (Sitz Düsseldorf) veranstaltet, wie bereits gemeldet, vom 31. Januar bis 3. Februar in Hamburg die Erste deutsche Kartoffelgroßhändler-Tagung, verbunden mit der Generalversammlung des Verbandes. Das Programm weist eine reichhaltige Tagesordnung auf, aus der folgende Verhandlungsgegenstände erwähnenswert sind: Die Notwendigkeit der Verbesserung der Transportverhältnisse von Kartoffeln auf den Eisenbahnen. — Kalkulationstragen im Kartoffelhandel. — Die Züchtung und Erkennung sortenreiner Kartoffeln. — Der Export und Import von Kartoffeln im deutschen Reich. — Die Kartoffel als Volksnahrungsmittel. — Der Agent als Mittelperson des Kartoffelhandels und Vorschläge zur Regelung des Agentenwesens. — Von besonderer Bedeutung ist ein Vortrag des Herrn Geh. Reg.-Rat Dr. Appel-Berlin-Dahlem über die Frage der Garantie für die Gesundheit von Kartoffeln. Im Anschluß daran referiert Herr Jos. Wimmers-Düsseldorf über die bei der Untersuchung von Kartoffeln zu beobachtenden Grundsätze. An den Kongreß, der mit Festkommern und Festessen verbunden ist, schließt sich am letzten Tage eine Besichtigung von Hamburg an. Nach den bis jetzt eingegangenen Anmeldungen zu urteilen, wird sich die Tagung zu einer imposanten Kundgebung des gesamten deutschen Kartoffelgroßhandels gestalten. Einlaßkarten können nur noch bei soloriger Anmeldung vom Verbandssyndikus Dr. Arno Schade-Düsseldorf bezogen werden.

Schwarzwälder Uhrenindustrie.

Furtwangen, 20. Jan. Das Großh. Land-gewerbeamt, Filiale Furtwangen, teilt zu der Blättermeldung über eine schwere Krisis in der Schwarzwälder Uhrenindustrie mit, daß dies für die Furtwanger Verhältnisse nicht zutrefte. Alle Fabriken seien gut beschäftigt und wenn diese Beschäftigung auch nicht den Grad der früheren Jahre zumeist erreiche, so hänge das mit der allgemeinen Geschäftslage zusammen. Trotz der unsicheren Lage sei heute kein Grund vorhanden, die Arbeitszeit beschränken zu müssen.

Wandererwerke, vorm. Winkhofer u. Jänicke A.-G., Schönau.

Chemnitz, 21. Jan. In der heutigen Generalversammlung der Wandererwerke vormals Winkhofer u. Jänicke A.-G. in Schönau bei Chemnitz, erwiderte die Verwaltung auf Anfragen, daß der Geschäftsgang sich weiter befriedigend anlasse und die Verwaltung die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr, falls nicht unerwartete politische Ereignisse eintreten, befriedigend bezeichnen könne. Die Erzeugnisse, darunter auch die neu eingeführten Autos, fänden guten Absatz. Die Frage der Kapitalserhöhung wird als zur Zeit nicht aktuell bezeichnet. Man wolle die weitere Entwicklung der Verhältnisse abwarten.

Interessengemeinschaft in der französischen Eisenindustrie.

Wie wir vernehmen, sind seit geraumer Zeit Besprechungen zwischen den Hütten-gesellschaften Hauts-Fourneaux, Forges et Acieries de Pompey bei Nancy und Schneider u. Co. (Le Creusot) zwecks Abschluß einer Interessengemeinschaft im Gange.

Verkehr.

Scheitern der Pariser Poolverhandlungen

Paris, 22. Jan. Die Verhandlungen der Nordatlantischen Konferenz haben mit einer vollständigen Auflösung des bisherigen Pools auf den 31. Januar geendigt. Es hat einen sehr schlechten Eindruck gemacht, daß die Hapag mit ihrem Verlangen nach Erhöhung ihrer Quote um 5 Prozent eine Art Ultimatum stellte, denn es war vielleicht

